

Hefte aus Burgscheidungen

Edmund Męclewski

Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten



145

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Völkens
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945

Hefte aus Burgscheidungen

Edmund Męclewski

Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten

1965

Herausgegeben vom
Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Zwanzig Jahre sind seit dem historischen Sieg der sowjetischen Armee und der mit ihr verbündeten Armeen – unter ihnen auch die Polnische Befreiungsarmee – über den deutschen Faschismus bereits vergangen, zwanzig Jahre seit der Beendigung des Krieges, seit dem historischen Potsdamer Abkommen. Das ist auch für das deutsche Volk ein wichtiges Datum. Walter Ulbricht erklärte dazu auf der Festsitzung der Volkskammer vom 5. Mai 1965:

„Für das deutsche Volk brachte der 8. Mai die Befreiung von Krieg und Militarismus und nazistischem Terror. Wir haben deshalb diesen Tag zum Staatsfeiertag erhoben.“

Diese Definition der historischen Bedeutung des 8. Mai 1945 ist nur möglich auf der Grundlage eines friedlichen und demokratischen Staates – eines Staates, der sich entschieden hat, die Erneuerung Deutschlands bis zu Ende durchzuführen. Diese Stimme wurde an jenem historischen Jahrestage auch in Warschau gehört, so wie in der ganzen Welt.

Für Polen hat der 8. Mai noch eine weitere Bedeutung. Er ist der Jahrestag der Rückkehr Polens an seine historischen Grenzen. Deshalb wurde auf den zentralen Feierlichkeiten, die aus diesem Anlaß am 8. und 9. Mai 1965 im altpolnischen Wrocław stattfanden, von der Volksrepublik Polen Bilanz über ihre Arbeit in den seit 1945 wiedererlangten Gebieten gezogen und Rechenschaft über all ihre enormen Arbeitsleistungen in den vergangenen zwanzig Jahren abgelegt. In jeder Hinsicht überschreiten diese Leistungen quantitativ und qualitativ die Ergebnisse der mehrhundertjährigen Herrschaft des deutschen Imperialismus in jenen Gebieten, die nun Polen zurückgegeben worden sind. Wie im ganzen Land, so vollzog sich auch in den Polen zurückgegebenen Gebieten in den vergangenen zwanzig Jahren eine politische, sozialökonomische und kulturelle Revolution.

Die Lage in Polen hat sich grundlegend verändert. Das bourgeoise Polen der Vorkriegszeit stellte sich prinzipiell gegen den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat, die UdSSR,

indem es die Theorie von den „zwei Feinden“ – den Deutschen und der Sowjetunion – vertrat und sich dabei in der Außen- und Innenpolitik vom Antikommunismus leiten ließ. Dieses einsame und schwache Polen hat aufgehört zu existieren. Seinen Platz nahm, geboren aus dem historischen Sieg über den deutschen Faschismus, Volkspolen in seinen historischen Grenzen ein: ein sozialistischer Staat, ein Teil des mächtigen sozialistischen Lagers, verbunden mit der Sowjetunion (vor kurzem wurde diese Verbundenheit durch den Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit erneuert), befreundet mit der Deutschen Demokratischen Republik. Volkspolen bekennt sich zu den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus, ist mit allen seinen Nachbarn befreundet, ist besonders mit den Staaten des sozialistischen Lagers in Freundschaft verbunden und pflegt mit ihnen gute Zusammenarbeit. Befriedet und gesichert durch die Macht des sozialistischen Lagers an seinen Grenzen, hat Polen sich zu einem Industrie-Agrar-Staat entwickelt.

An der Elbe wurde im Ergebnis des Sieges der alliierten Armeen, vor allem aber der Streitkräfte der Sowjetunion, an deren Seite auch die polnische Armee kämpfte, die gesellschaftlich-ökonomische Basis des deutschen Imperialismus vernichtet. Zwischen Elbe und Oder entstand die mit Volkspolen befreundete Deutsche Demokratische Republik, der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat, der sich zur Völkerfreundschaft bekennt und sie praktiziert. Die seit Jahrhunderten brennende deutsch-polnische Grenze wurde zu einer Grenze der Freundschaft und Zusammenarbeit, hervorgegangen aus der Grundlage des proletarischen Internationalismus, der in beiden Ländern zu seiten der Oder herrscht. Zu beiden Seiten der Oder wurde die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, das System des Hasses vernichtet, der Kapitalismus liquidiert; hier herrscht statt dessen heute gesellschaftliche Gerechtigkeit, und umfassend entwickelt sich die sozialistische Wirtschaft.

Von daher ergeben sich auch die grundlegenden Elemente der Entwicklung in den zu Polen zurückgekehrten West- und Nordgebieten. Bei einer Bilanz darüber muß man einen Blick auf die Grundlagen dieser politisch-ökonomischen Prozesse werfen. Wie sah das sozialökonomische und politische Erbe aus, das das polnische Volk von den vorhergehenden Herrschern übernehmen mußte?

Bekanntlich wurde Polen im 18. Jahrhundert geteilt, und seine einzelnen Teile kamen zu Preußen, Österreich und

Rußland – zu drei verschiedenen Organismen mit verschiedener wirtschaftlicher und kultureller Entwicklungsstufe, unterschiedlichen politischen Zielen und Methoden. Für jeden dieser drei Staaten, die sich in Polen teilten, wurden die gestohlenen polnischen Länder zu einer Art „Ergänzung“ der eigenen Wirtschaft und demzufolge zu wirtschaftlichen und kulturellen Randgebieten, andererseits zum strategischen Vorfeld im Falle des Entstehens von imperialistischen Kriegen. Verglichen mit dem allgemeinen Entwicklungsstand in den drei annektierenden Staaten, waren die polnischen Gebiete unterentwickelt. Im zaristischen Rußland (nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Weißrußland) und in Österreich schritt die Industrialisierung der Mutterländer rascher voran, während sie in den geraubten Gebieten sehr langsam verlief und auf niedrigem Stand verblieb.

Auch in den polnischen Gebietsteilen Preußens bzw. des späteren Reiches war die Industrialisierung – außer in Schlesien – niedriger als im Durchschnitt des Reiches. Das sind bekannte Tatsachen. Die damaligen „deutschen Ostgebiete“ bildeten 24 % der Fläche des Reiches in seinen Grenzen von 1937; ihre Bevölkerung aber betrug kaum 13,8 % der Gesamtbevölkerung. Die Bruttoproduktion dieses Gebietes betrug wertmäßig kaum 9,9 % der Gesamtproduktion Deutschlands, und auch dies nur infolge der spezifischen Preispolitik des imperialistischen Deutschlands: bei Zugrundelegung der Weltmarktpreise zeigt der Index noch nicht einmal 8 %!

Und weiter: die Industrieproduktion dieser Gebiete machte vor 1933 nur 6 % der gesamten Industrieproduktion Deutschlands aus. Die Produktivität lag um 40 % niedriger als allgemein in Deutschland. Die landwirtschaftlichen Erträge betragen 18 dt/ha (durchschnittlich im Reich 22 dt/ha). Die These, daß diese Gebiete die „Kornkammer des Reiches“ gewesen seien, war und ist also lediglich ein Mythos der nationalistischen Propaganda, auch wenn der westdeutsche Professor Bruno Gleitze sie noch heute beweisen möchte.

Ein weiterer Beweis für die absichtliche oder aber infolge der peripheren wirtschaftlichen Rolle dieser Gebiete im imperialistischen Deutschland entstandene Unterentwicklung ist die Tatsache, daß ihr Schienennetz nur 20 % des gesamtdeutschen ausmachte und nur zu 65 % ausgelastet war. Das gleiche Bild ergibt sich bei dem Straßennetz: es machte 19 % des Gesamtnetzes aus, der Warentransport auf ihm aber nur 10 % des gesamten Straßentransports im damaligen Deutschland.

Auch die Bevölkerungsdichte in den ehemaligen „deutschen Ostgebieten“ lag niedriger als im übrigen Deutschland; für das gesamte Gebiet betrug sie 84 Personen je km² im Verhältnis zu 147 für das ganze Deutschland. Hinzu kam der sozialökonomisch bedingte Prozeß der „Ost-“ und „Landflucht“. Demzufolge gestaltete sich auch die Dynamik des Bevölkerungszuwachses in diesen Gebieten ungünstig. Von 1871 bis 1939 wuchs die Bevölkerungsdichte in Deutschland nahezu um das Doppelte, in den Gebieten östlich der Oder und der Lausitzer Neiße aber nur um knapp 64%. Charakteristisch war, daß das Wachstum der einheimischen polnischen Bevölkerung höher lag als der durchschnittliche natürliche Zuwachs. Die Gestapo im Regierungsbezirk Frankfurt stellte in einer Analyse im Jahre 1937 fest:

„Die größte Waffe der völkischen Expansion der polnischen Minderheit ist der riesige Geburtenüberschuß, den die polnischen Familien aufweisen.“

Diese gleichen Gebiete weisen heute in Polen, bevölkert durch eine junge Gesellschaft, die höchste biologische Kraft auf.

Die industrielle Revolution, die Westeuropa besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebte, ging mit allen ihren Konsequenzen am polnischen Mutterland vorüber. Hier entstand – ausgenommen Schlesien mit seinen Bodenschätzen – fast gar keine große Industrie. Deshalb waren hier auch keine Bedingungen zur Förderung und Entwicklung der geistigen und materiell-technischen Kultur des Volkes gegeben. Sie aber ist letztlich entscheidend für den Fortschritt, für die Entwicklungsmöglichkeiten und für das Tempo der Entwicklung eines Staates.

Entscheidend für das Verständnis unseres Themas ist auch die Nationalitätenpolitik, die von den drei teilenden Staaten betrieben wurde. Die brutale Germanisierungspolitik, begonnen und durchgeführt von Friedrich II., fortgesetzt von Flottwell, Bismarck, Caprivi und Wilhelm II. bis zu Hitler, kostete das polnische Volk viel von seiner biologischen Substanz und führte zu zahlreichen komplizierten Problemen in diesen Gebieten, wie z. B. in Schlesien und in Masuren. Eine vergleichbare Wirkung hatte, wenn auch bekanntlich in einem kleineren Bereich, die vom zaristischen Rußland betriebene Politik der Russifizierung. In dieser Beziehung war die Politik Österreich-Ungarns wesentlich toleranter; hier erwachten und entwickelten sich die natio-

nenal Gegensätze – z. B. zwischen der polnischen und der ukrainischen Bevölkerung – auf der Grundlage der Klassenantagonismen. All diese Momente bewirkten – neben einem hohen Grad von Nationalbewußtsein im polnischen Volke selbst – große Schwierigkeiten in dem nach dem ersten Weltkrieg wiedererstandenen polnischen Staat, ganz zu schweigen von den damals vorübergehend zu Polen gekommenen Teilen der Ukraine und Weißrußlands.

Diese Denationalisierungspolitik hatte im Endeffekt (neben der wirtschaftlichen Unterentwicklung) folgende Auswirkungen: Die polnische Intelligenz war in den annektierten Gebieten – außer im österreichischen Teil – zahlenmäßig sehr gering und ihre Fähigkeit zur Leitung des Staates sehr niedrig. Verschiedene nationale Traditionen wurden durch administrativen Eingriff des Staates vernichtet; so konnte z. B. ein Pole nur dann die Stellung eines mittleren Beamten bekleiden, wenn er sich von seinem Volkstum lossagte. Besonders nach 1870/71 war eine ständige und starke Abwanderung aus den damaligen deutschen „Ostgebieten“ nach den westlichen, stärker industrialisierten Gegenden Deutschlands zu verzeichnen, die von den nationalistischen Wissenschaftlern als „Ost-“ und „Landflucht“ bezeichnet wurde. Im übrigen wurde die antipolnische Nationalitätenpolitik des preußischen Staates, die von Friedrich II. in den neuen Gebieten eingeführt worden war, in der Zeit des „Zweiten Reiches“ nicht unterbrochen, sondern noch verstärkt.

Die „Ost-“ und „Landflucht“ absorbierte von 1870 bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges nach Schätzungen jener Experten etwa 4,6 Millionen Menschen. Deshalb herrschte ein starker Arbeitskräftemangel, besonders in der Landwirtschaft, der dazu führte, daß Jahr für Jahr eine enorme Zahl polnischer Saisonarbeiter aus den russischen und österreichischen Gebieten hereinkam, jährlich oft mehr als 900 000 Menschen. Diese Flut ging nach dem ersten Weltkrieg wesentlich zurück; aber trotzdem waren es auch damals noch jährlich 100 000 Polen, die, von Arbeitslosigkeit in ihrem Gebiet getrieben, als Saisonarbeiter nach Deutschland kamen.

Der preußisch-deutsche Staat befürchtete die Entstehung einer autochthonen Gesellschaft der polnischen Bewohner des Landes. Von daher erklärt sich das ganze Geschrei um die „polnische Gefahr“, aber auch die Suche nach Auswegen, wie sie z. B. vor dem ersten Weltkrieg in dem Gedanken, Saisonarbeiter aus anderen Ländern oder aus anderen Kontinenten, aus Afrika oder aus China, kommen zu lassen, Gestalt an-

nahm. Gleichzeitig war der demographische Druck der polnischen Bevölkerung auf die „deutschen Ostgebiete“, besonders im Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen, sehr beträchtlich. In den westlichen Grenzgebieten des neuen polnischen Staates lebten, auf den Quadratkilometer berechnet, infolge der nun einsetzenden Industrialisierung mehr Menschen als in den östlichen Grenzgebieten des Deutschen Reiches. Gleichzeitig war der natürliche Bevölkerungszuwachs in Polen höher, während er sich in Deutschland verlangsamte; so wuchs der Druck von Jahr zu Jahr.

Zu diesem Prozeß gesellte sich die rückständige, reaktionäre, aus nationalistischen Ideen heraus betriebene Germanisierungspolitik, mit der Preußen-Deutschland sich bemühte, seine Position zu zementieren und sich die den Polen geraubten Gebiete anzueignen. Friedrich II. hinterließ ein geschlossenes System der Germanisierung, das von seinen Nachfolgern ergänzt und „vervollständigt“ wurde, wie im „Zweiten Reich“, so auch im „Dritten Reich“ Hitlers. Das Hauptinstrument dieser Politik war der Zwang, der vor allem in Schule und Kirche ausgeübt wurde. Die deutsche Sprache wurde zwangsweise in den Schulen eingeführt, vor allem in Schlesien, dann aber auch in den anderen geraubten Teilen Polens. Gleichzeitig zielte ein System der sozialen und ökonomischen Bevorzugung von Renegaten darauf ab, polnische Bewohner des Landes ihre Zugehörigkeit zu ihrer Volksgruppe verleugnen zu lassen. Ein ganzes Arsenal von Repressalien aber drohte denen, die sich dem widersetzen und an ihrer polnischen Nationalität festhielten. Auch diese historische Seite der deutsch-polnischen Beziehungen muß man beachten, wenn man über die Grenze an der Oder und der Lausitzer Neiße und von dem Recht Polens auf seine West- und Nordgebiete spricht.

Zu besonders harten Auseinandersetzungen kam es in der Zeit Bismarcks. Dieser führte die Methoden seiner Vorgänger fort, kämpfte aber gegen die Polen auch mit Hilfe neuer Gesetze und mit ökonomischen Mitteln, um die Kolonisation durchzusetzen. So wurde 1884 eine besondere Kolonisierungskommission geschaffen, die, mit einem speziellen Fonds ausgerüstet, Ländereien aus polnischen Händen aufkaufte. Bis zum ersten Weltkrieg gab sie dafür die riesige Summe von 1 Milliarde Mark in damaliger Währung aus. Im Jahre 1894 wurde der berühmte „Ostmarkenverein“ – nach den Anfangsbuchstaben seiner drei Gründer (H a n s e m a n n, K e n n e m a n n, T h i e d e m a n n) kurz „Hakata“ genannt

– gegründet, der zum gesellschaftlichen Mittelpunkt des Kampfes gegen die polnische Nationalität wurde. Alle diese Aktionen und das ganze System solcher Maßnahmen und Einrichtungen führte zu dem, was die Faschisten lapidar als „Eindeutschung der Menschen und des Bodens“ bezeichneten (und auch in der Praxis durchführten).

Über die Hitlerzeit braucht man wohl nicht ausführlich zu sprechen; sie „vervollständigte“ das Arsenal des Vorhergegangenen um die Konzeption der biologischen Ausrottung des polnischen Volkstums.

Es ist aber nützlich, noch einige Einzeltatsachen aus dem 20. Jahrhundert anzuführen. So wurde im Jahre 1886 ein antipolnisches Gesetz über die Ansiedlung der Polen in „national bedrohten“ Gebieten herausgegeben, das 1904 durch das Verbot polnischer Ansiedlungen in den „Provinzen Ostpreußen und Schlesien sowie in den Regierungsbezirken Frankfurt (Oder), Stettin und Köslin“ ergänzt wurde. Man stellt sofort fest, daß diese „Ergänzung“ das gesamte Territorium der heutigen polnischen West- und Nordgebiete betraf, wo damals noch eine ziemlich beständige, lebendige polnische Nationalität ansässig war. Schlesien war bis zur Hälfte des 19. Jahrhunderts bis nach Wroclaw ein geschlossenes polnisches Siedlungsgebiet, das in der Gesamtheit oder zu beträchtlichen Teilen die Kreise Wroclaw, Wolow, Oleśnic, Brzeg, Sycow und Namyslow umschloß. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wich die Grenze des rein polnisch besiedelten Territoriums auf Grund der Germanisierungsmaßnahmen, des Drucks und Terrors nach Oberschlesien und auf die an Oberschlesien angrenzenden Kreise zurück. Aufschlußreich sind dafür die Worte des nationalistischen deutschen Schriftstellers Katsch, der über die Schlesischen Aufstände (1919, 1920 und 1921) schreibt:

„Nicht wie eine Flut, die aus Osten oder Süden in das Land eingebrochen wäre, sondern als ob die Grundwasser plötzlich emporgestiegen wären und das Land überschwemmt hätten, so war der größere Teil Oberschlesiens in einem Augenblick von Insurgentenscharen überflutet; die größeren Städte, von allem Zusammenhang mit dem Lande abgeschnitten, ragten als Insel des Deutschtums, als Reste einer vielhundertjährigen Kultur, von einer trüben Flut wilder Aufständischer umringt, hervor . . .“

Geheime Dokumente und Ausarbeitungen, die dem polnischen Staat nach 1945 in die Hände fielen, darunter Geheim-

akten der Gestapo und des „Bundes Deutscher Osten“, zeugen für ein lebendiges und starkes polnisches Volkstum in diesen Gebieten. Aus den Dokumenten, die Schlesien betreffen, geht hervor, daß noch im Jahre 1937 im Oppelner Gebiet und in dem damals zu Deutschland zählenden Teil Oberschlesiens nach den Schätzungen der Gestapo und des „Bundes/Deutscher Osten“ 750 000 Polen lebten. Eine nach 1945 vom polnischen Staat durchgeführte Aktion zur Ermittlung der Zahl der polnischen Bewohner ergab, daß in dem gesamten wiedererlangten Gebiet 1,2 Millionen polnische Menschen verblieben waren. Im Jahre 1965, zwanzig Jahre danach, war schon etwa die Hälfte der Bevölkerung dieses Gebietes, das rund 8,5 Millionen Einwohner zählt, dort geboren. Das ist die einheimische Bevölkerung der wiedererlangten Gebiete.

Das ist der offensichtliche Tatbestand. Die hier in aller Kürze aufgezeichneten Momente haben eine hemmende Funktion beim Aufbau und der Entwicklung des polnischen Staatswesens nach der Wiedererlangung der Selbständigkeit Polens im Ergebnis des ersten Weltkrieges ausgeübt. Aber nicht nur das — man kann auch den ersten Weltkrieg und seine Auswirkungen auf das polnische Land nicht außer acht lassen. Während z. B. in Frankreich — abgesehen von der gefährlichen Verhärtung des Stellungskrieges — die Front ungefähr 60 000 qkm umfaßte, waren auf polnischer Erde die Schlachtfelder und Fronten des Krieges im Durchschnitt fünfmal größer; sie umfaßten etwa 300 000 qkm. 1,880 000 Millionen Polen sind den großen Vernichtungsschlachten zum Opfer gefallen. Der Wert des polnischen Eigentums — hauptsächlich an Maschinen und Einrichtungen —, das von den in Polen kämpfenden Mächten geraubt wurde, betrug rund 5 Millionen Dollar. Ungefähr 3 Millionen Hektar Ackerland lagen brach, und der Viehbestand verringerte sich um 2 Millionen Stück. Das heißt: der erste Weltkrieg durchpflügte die polnische Erde tief und hinterließ Ruinen, Brandstätten und Not.

Das nach dem ersten Weltkrieg wiedererstandene Polen hatte keine leichte Aufgabe, und ihre Lösung wurde noch erschwert durch die revisionistische, abenteuerliche Politik der polnischen Magnaten, die Polen in den Krieg mit der Sowjetunion verwickelt hatten. Die Regierungen der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer waren naturgemäß nicht fähig, einen Plan zum umfassenden, kühnen Aufbau und Umbau des Lebens im Lande zu entwickeln. Das Ergebnis dessen waren

Stagnation, Analphabetentum, Elend der arbeitenden Massen in der Zeit zwischen den Kriegen. Ungefähr 10 Millionen Polen waren in den dreißiger Jahren Analphabeten. „Öffentliche“, d. h. offiziell in den Statistiken anerkannte Arbeitslose gab es eine halbe Million, aber „versteckte“ („verborgene“) — einschließlich der Bevölkerung ohne oder mit nur geringem Landbesitz und ihrer Familien — waren es 6 bis 7 Millionen. Während des ersten Weltkrieges hatten sich Hunderttausende Polen (bis zu 900 000 jährlich) zur Saisonarbeit in Deutschland verdingt; ähnlich, wenn auch in kleinerem Maßstab, war es auch jetzt. Der Wirtschaftskrieg, der von der Weimarer Republik geführt wurde, kam Polen teuer zu stehen.

Weiter: Fast 69 % der polnischen Bevölkerung lebten auf dem Lande. Der Mangel an einheimischem Kapital und die Verflechtung des Feudalismus mit dem Kapitalismus waren der Grund dafür, daß, abgesehen von dem Hafen von Golybi. Polen erst kurz vor Beginn des zweiten Weltkrieges begann, seine Industrie auf- und auszubauen und einen COP (Zentralen Industriebezirk) zu errichten. Das Ergebnis war: ein niedriger Lebensstandard, ein niedriges Niveau der technischen Kultur der Gesellschaft, eine allgemein schwache Intelligenzschicht und eine besonders schwache technische Intelligenz.

Ebenso der Staat: zurückgeblieben in seiner Entwicklung, nicht industrialisiert, gefesselt durch Schwierigkeiten, bedrängt durch die ukrainische Minderheit im eigenen Lande, mit den Nachbarn zerstritten, war er das geeignete Opfer der räuberischen Politik des räuberischsten militaristisch-imperialistischen Staates, den die Geschichte je kannte: des „Dritten Reiches“ von Adolf Hitler. Auf diesem Hintergrund sind die ungeheuren materiellen, biologischen, quantitativen und qualitativen Verluste, die Polen während des zweiten Weltkrieges erlitten hat, zu sehen.

Ein weiterer Grund der Schwierigkeiten, denen sich die polnische Außenpolitik und in der weiteren Konsequenz auch die Innenpolitik gegenüber sah, rührt aus der Zeit der polnischen-litauischen Union (14. Jahrhundert) und danach der polnisch-russischen Union (15. Jahrhundert). Damals wurde Polen aus einem national im wesentlichen einheitlichen Staat zu einer multinationalen Föderation. Die Interessen der polnischen Magnaten stießen auf die Absichten der ukrainischen, weißrussischen und litauischen Gebiete; die Verwicklung Polens in die „östlichen“ Angelegenheiten hatte viele unangenehme und später für den Staat sogar tragische Folgeerscheinungen.

nungen. Durch die notwendigerweise daraus entstehenden Kriege der polnischen Machthaber wurde Polen gezwungen, den Kampf um die Wiedererlangung der Muttergebiete, die es an den Deutschen Ritterorden und an die Mark Brandenburg verloren hatte und aus denen später (im 18. Jahrhundert) Preußen entstand, zunächst aufzugeben. Einige Herrscher wollten diese Resignation, die zeitlich begrenzt war, als rein taktisch bedingt hinstellen. In letzter Konsequenz aber hatte diese Resignation wie auch die gesamte „Ostorientierung“ der damaligen polnischen Politik – kurz gesagt – nichts mit den nationalen Interessen Polens gemein und ermöglichte schließlich die Errichtung des preußischen Staates.

In diesem Staat verblieb eine große polnische Volkssubstanz, verurteilt zu einem Assimilationsprozeß und – was noch schlimmer war – zur Germanisierung, die bewußt zuerst vom preußischen Staat und dann vom „Zweiten Reich“ betrieben wurde. Die von der Magnatenschaft unterstützte ethnische Unfreiheit der polnischen Bevölkerung in Preußen, die zur nationalen Vernichtung verurteilt war, führte gleichzeitig zu gesellschaftlicher Unfreiheit. Im Ergebnis dieser vom preußischen und vom deutschen Staat bewußt betriebenen Politik wurden für die dortige polnische Bevölkerung die Worte „Deutscher“ und „Herr“ zu gleichermaßen feindlichen Synonymen. Ähnlich war es übrigens in der Ukraine und in Weißrußland, wo die Worte „Pole“ und „Herr“ im Klassenbewußtsein der national und sozial unterdrückten einheimischen Bevölkerung gleiche Bedeutung hatten.

Hier eine Abschweifung – doch nur eine scheinbare: Ähnlich wie in dem von Preußen annektierten polnischen Mutterland gestalteten sich die ethnischen Beziehungen auch in den durch die Teilung von Polen beherrschten ukrainischen und weißrussischen Gebieten. Hier waren die Städte infolge der Kolonisation deutsch, während die Dörfer eine autochthone, eingeborene polnische Bevölkerung hatten – dort waren die Städte polnisch, von Polen kolonisiert, während die Dörfer ukrainisch bzw. weißrussisch waren. Diese Übereinstimmung gibt doch Anlaß zum Nachdenken!

In vergleichbarer Weise war die polnische Außenpolitik in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen der Versuch, die alte polnische „Ostorientierung“ wieder aufleben zu lassen, während gleichzeitig die Regierenden alle wichtigen Versuche und Gedanken zur Wiederherstellung der angestammten polnischen Gebiete und ihrer Bevölkerung unbeachtet ließen. Das war in ihrer Weise eine revisionistische Politik. In der

geschichtlichen Rückschau erweist sie sich als der Versuch einer historisch unberechtigten Wiederherstellung Polens; so war der Feldzug Pilsudskis nach Kiew im Jahre 1919 der im Interesse der polnischen Magnatenschaft unternommene Versuch, wiederum nach dem Osten vorzustoßen, während das eigentliche Mutterland abermals ignoriert und die eingeborene polnische Bevölkerung der in diesem Zeitraum besonders intensiven Germanisierungspolitik des deutschen Imperialismus ausgeliefert wurde. Ähnlich war die Politik der polnischen Exilregierung in London während des zweiten Weltkrieges; sie war in gleicher Weise eine revisionistische Politik: der Versuch, die alte Politik der Magnaten mit der Stoßrichtung nach der Ukraine, Litauen und Weißrußland fortzusetzen.

Im Ergebnis dieser Politik gehörte beispielsweise Schlesien 400 Jahre lang zum polnischen Reich, 400 Jahre hindurch teilte es sein Los mit den Tschechen, und 200 Jahre – einschließlich der Zeit der Teilung Polens – gehörte es zu Deutschland. Gdańsk gehörte in seiner tausendjährigen Geschichte über 250 Jahre lang zu Deutschland; Pommern fiel in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts und das Ermland bei der ersten Teilung Polens an Deutschland. Hier muß noch erwähnt werden, daß die preußischen und deutschen Staatsgrenzen nie mit den ethnischen Grenzen identisch waren. Die Grenze des polnischen Volkstums reichte am Ende der Unterwerfung Polens durch Preußen bedeutend weiter nach Westen als die Staatsgrenzen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß z. B. die Germanisierung Niederschlesiens erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert größere Fortschritte gemacht hat; darüber wird noch zu sprechen sein.

Diese Politik ließ Preußen zum Todfeind für Polen werden, der nicht nur den polnischen Staat bedrohte und zersstückelte, sondern auch die biologischen Grundlagen Polens gefährdete (Beweis: zweiter Weltkrieg!). Gleichzeitig wurde der polnische Staat innenpolitisch geschwächt, sein innerer Zusammenhalt zerstört, wurden innere Spannungen geschaffen, die zu der beschämenden „Pazifikation“ in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen nötigten.

Das also war das historische politische, gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Erbe, das die polnische Arbeiterklasse nach dem Kampf auf Leben und Tod mit dem faschistischen Feind übernahm – zu einer Zeit, in der sich gleich-

zeitig die neue Idee des Volksstaates herausbildete. Im Zusammenhang mit dem Programm, das die Polnische Arbeiterpartei zu dem Zeitpunkt verkündete, als die westlichen und nördlichen Heimatgebiete zu Polen zurückkehrten, denke ich an ein Wort von Joachim Lewel, einem fortschrittlichen polnischen Denker aus dem 19. Jahrhundert; er sagte in einem seiner Universitätsvorträge, daß

„noch eine Zeit vergehen werde, bis daß das polnische Volk die Gebiete, die die Magnaten verloren haben, zurückerhält“.

Dieser Augenblick kam im Jahre 1945, doch unter kompliziertesten Bedingungen, angesichts der schwersten Prüfung, die wir in der tausendjährigen Geschichte des polnischen Staates je erlebt hatten, vor dem Hintergrund der biologischen und materiellen Verluste, die Polen durch den zweiten Weltkrieg erlitten hatte. 6 028 000 Opfer, über 6 Millionen Erschlagene und Ermordete — diese ungeheuerliche Zahl spricht für sich, besonders wenn man bedenkt, daß in dieser Zahl, die nur die unmittelbaren Opfer umfaßt, kaum eine halbe Million in den Kämpfen gefallener Soldaten enthalten ist!

Eine besonders beredte Sprache sprechen die Verluste der polnischen Intelligenz: ohnehin schon zahlenmäßig gering, war diese Schicht nach dem Ende des zweiten Weltkrieges im polnischen Staat kaum noch vorhanden. Die Gründe für die hohen Verluste, die die Intelligenz erlitten hatte, sind offensichtlich: Erstens bildete sie an der Seite der Arbeiterklasse den Kern des bewaffneten Kampfes mit den Okkupanten, der im Untergrund weitergeführt wurde, in der Untergrundarmee, wie auch in den regulären Formationen der polnischen Armee, im Osten und im Westen. Zweitens ist bekannt, daß die gesamte Ausrottungspolitik der Hitlerfaschisten darauf gerichtet war, besonders der Intelligenz tödliche Schläge zu versetzen, um das polnische Volk des Hauptes zu entledigen. Drittens: die größten biologischen und materiellen Verluste erlitten die polnischen Städte, und in ihnen waren besonders die pädagogische und die technische Intelligenz konzentriert.

Zu den unmittelbaren biologischen Verlusten, die die polnische Intelligenz erlitt, kommen noch zwei Momente hinzu: Das erste ist die politische Emigration, die im Ergebnis der antikommunistischen Propaganda eine nicht unbedeutende Zahl von Angehörigen der polnischen Intelligenz im Ausland festhielt, besonders von denen, die in den Reihen der westlichen alliierten Armeen gekämpft hatten. Zum anderen: die

fast sechs Jahre währende Okkupation dezimierte die Möglichkeiten zur Erziehung der polnischen Jugend; im okkupierten Polen verblieb nur die Möglichkeit der Grundschulausbildung, und auch sie war noch nicht einmal obligatorisch; darüber hinaus gab es lediglich einige Mittel- und technische Schulen, und auch sie nur im sogenannten „Generalgouvernement“, so daß von einem normalen Mittel- oder Hochschulwesen nicht die Rede sein konnte. Zudem konnte der im Untergrund durchgeführte illegale, geheime Unterricht nicht die durch die Politik der Okkupanten verursachten Verluste ausgleichen.

Sehr hoch waren überdies auch die Verluste unter der Jugend, besonders in jenen Kreisen, die damals willens und in der Lage waren, sich zu bilden, und von glühendem Patriotismus erfüllt waren. Die Überlebenden aber, die an diesen großen Aufgaben festhielten, wurden zu einem der effektivsten Faktoren der „Eröffnungsbilanz“ des Jahres 1945 und des Ringens um die Lösung der schwierigen Aufgabe, die vor dem Volk und vor der Partei auf dem Wege zu einem neuen, besseren Leben stand.

Die materiellen Verluste Polens machten 38 % des National Einkommens aus und wogen um so schwerer, als das Land ohnedies schon durch seine verspätete Entwicklung benachteiligt war. Alle größeren Städte Polens lagen in Trümmern: an der Spitze Warschau, das zu 90 % vernichtet war, aber auch Poznań, Gdańsk, Szczecin, Wrocław, Lublin. Die Industrie, der Verkehr, die Landwirtschaft — alles lag in Trümmern: Verwüstung, Vernichtung, Ruinen. Dazu kam noch, daß das Land keinerlei materiell-technische Basis für den Wiederaufbau besaß; es hatte nichts als die glühenden Herzen der Menschen, den Willen zur Arbeit und das Programm der Partei — ein hartes, aber mitreißendes Programm: ein Programm zur Umgestaltung des Landes, das im Zeichen des Sozialismus besser, gerechter und schöner werden sollte als je zuvor.

Die Aufbauarbeit wurde noch erschwert durch die antikommunistische Propaganda des Gegners, durch die Unsicherheit vor dem Morgen der ersten Nachkriegsjahre und die gewaltige Migration (Wanderbewegung) der Bevölkerung. Sie umfaßte in den Jahren von 1938 bis 1948 — doch in der großen Mehrzahl nach dem Kriege — rund 20 Millionen Menschen, nicht gerechnet die Bewegungen der Armee. Darunter waren viele, die aus den Konzentrationslagern zurückkehrten, und andere, die ein Dach über dem Kopf und Arbeitsmöglichkeiten suchten; hinzu kam eine unaufhaltsame Welle von Ansied-

lungsbedürftigen, die in der Zeit der Okkupation die westlichen und nördlichen Gebiete hatten verlassen müssen; hinzu kamen Repatrianten aus Westeuropa und aus der Sowjetunion, hauptsächlich aus den Gebieten, die Polen zurückgab; hinzu kam schließlich die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten, die 1945 an Polen zurückfielen.

In dem Maße, wie sich das endgültige Ende Hitlerdeutschlands näherte, präzisierten die alliierten Mächte die Grundsätze, auf denen sich der Friede nach dem zweiten Weltkrieg gründen sollte. Als am 11. Februar 1945 das Kommuniqué über die Ergebnisse der Konferenz von Jalta veröffentlicht wurde, erfuhr die Welt, daß die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und Großbritannien für die Zeit nach der endgültigen Zerschlagung des bewaffneten Widerstandes des „Dritten Reiches“ festgelegt hatten,

- das nazistische Deutschland zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen,
- Deutschland durch die drei bzw. vier alliierten Mächte besetzen zu lassen,
- den deutschen Militarismus und Nazismus zu vernichten, damit sie nie mehr in der Lage seien, den Frieden der Welt zu stören,
- den Polen territorialen Landerwerb im Westen und Norden zuzusprechen.

Diese grundsätzlichen Feststellungen und Forderungen bestätigte und präzisierte die Potsdamer Konferenz mit dem dort beschlossenen Abkommen vom 2. August 1945. In Übereinstimmung mit seinem Text (Kapitel „Polen“ im Abschnitt B) wurden die Gebiete östlich von Oder und Lausitzer Neiße als „ehemalige deutsche Gebiete“ bezeichnet; ebenso wurde vom „ehemaligen Gebiet der Freien Stadt Danzig“ gesprochen. Die endgültige Festlegung und Markierung der Grenze wurde einer Friedenskonferenz mit Deutschland übertragen. Gleichzeitig wurde unter der Überschrift „Ordnung der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung“ (Abschnitt XIII) festgelegt, aus ganz Polen in seinen neuen Grenzen die deutsche Bevölkerung, sofern sie dort verblieben war, auszusiedeln. Auch aus dem Beschluß des Alliierten Kontrollrates vom 20. November 1945 geht klar hervor, daß die Umsiedlung alle Deutschen in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie umfassen sollte.

Das Potsdamer Abkommen hat Polen keinerlei Beschrän-

kungen bei der Ausübung der Administration in den ihm zuerkannten Gebieten auferlegt. Im Gegenteil, es verpflichtete Polen, die deutsche Bevölkerung auszusiedeln, diese Gebiete mit polnischen Menschen zu besiedeln und sie zu bewirtschaften. Wie bekannt, wurden beide Verpflichtungen von Polen erfüllt und diese Gebiete sogar – zum Erstaunen seiner Feinde – gefördert.

Im Ergebnis der weiteren Entwicklung in den vier Besatzungszonen Deutschlands entstanden infolge der separatistischen Politik der westlichen Staaten und der reaktionären Kreise des deutschen Imperialismus zwei deutsche Staaten. Demgegenüber wurde eine deutsche Friedenskonferenz infolge der revisionistischen Politik der Bundesrepublik, die durch die reaktionäre „Hallstein-Doktrin“ bestimmt ist, auf unbestimmte Zeit verschoben. Dennoch wurde das Problem der Grenze an der Oder und der Lausitzer Neiße geregelt, hauptsächlich dank der Existenz des ersten deutschen Friedensstaates, der DDR, die seit ihrem Entstehen die Erfüllung des Potsdamer Abkommens über die Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands wie auch über die deutsch-polnische Grenze als Grundlage ihrer Politik ansah.

Das war die wesentliche Voraussetzung dafür, daß Polen mit seinem westlichen Nachbarn den historischen deutsch-polnischen Vertrag vom 6. Mai 1950 in Görlitz über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze abschließen konnte. Der Artikel 1 dieses Vertrages bestimmt:

„Die hohen vertragschließenden Seiten erklären, daß die festgelegte und bestehende Grenze, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, die Staatsgrenze zwischen Polen und Deutschland ist.“

Die Bedeutung dieses Vertrages reicht weit über das bloße Problem der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze hinaus. Er bezeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte Polens und Deutschlands. Über viele Jahrhunderte waren die deutsch-polnischen Beziehungen durch den „Drang nach dem Osten“ gekennzeichnet, der die Grundlage der Politik Deutschlands gegenüber Polen war. Jetzt aber werden unsere brüderlichen Verbindungen durch Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe bestimmt, und die Grenze zwischen

unseren beiden Staaten wird mit vollem Recht als „Friedensgrenze“ bezeichnet.

Die Entstehung, Existenz und Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik hat eine außerordentlich große und grundsätzliche Bedeutung nicht nur für Polen, sondern für die Gestaltung der Beziehungen Polens zu den anderen Staaten Europas insgesamt, für die Zukunft und den Frieden. Die Westgrenze der DDR ist ebenso Grenze des friedliebenden, demokratischen Deutschlands wie auch Damm gegen den wiedererstandenen westdeutschen Imperialismus. Aus dieser Sicht sprechen wir auch in Polen mit tiefem Recht von dieser Grenze als von unserer Grenze, der eines friedliebenden Staates, und davon, daß wir die Grenzen der DDR und des ganzen sozialistischen Lagers gegen alle Versuche des Revisionismus und Militarismus in der Bundesrepublik mit allen unseren Kräften schützen.

Die deutsch-polnische Vorkriegsgrenze war fast 2000 km lang; an der westpreußischen Enklave im Norden war Polen in die Zange gefaßt. Nur ein schmaler, 70 km breiter Uferstreifen der Ostsee, ohne die Weichselmündung, war in den Besitz Polens gelangt; all das erschwerte seine strategische Lage ungeheuer. Die neue Grenze machte Schluß mit diesen nachteiligen Umständen und vernichtete die strategisch-militärischen Angriffsbasen des deutschen Imperialismus, die Polen von drei Seiten einschlossen.

Polen wurde in seinen gegenwärtigen Grenzen ein geschlossenes Territorium. Auf seinem Territorium befinden sich zwei Flußläufe — die Oder und die Wisla —, die das ganze Land verbinden, wobei 87,5 % des Flußgebietes der Wisla und 89,3 % des Laufes der Oder auf polnischem Gebiet liegen. Die Flüsse nähern sich mehrere Male und verzweigen sich in Zuflüssen, was für die Zukunft Möglichkeiten schafft, Verbindungskanäle für die Schifffahrt anzulegen. Eine besondere Rolle spielt hierbei das Flußgebiet der Oder und Warta, das durch den Notec und den Bydgoszcer Kanal mit dem Weichsel-system verbunden ist.

Im Süden wird das polnische Territorium durch die Karpaten und die Sudeten mit zwei bequemen Verkehrstoren — Morawa und Kłodzko — begrenzt. Im Norden bildet auf 581 km das Meer eine natürliche Grenze. Zwischen den Quellen der Lausitzer Neiße und der Mündung der Oder in die Szczecinzer Bucht ist die Breite der europäischen Niederung am geringsten und beträgt in gerader Linie nicht ganz 300 km. So ist die deutsch-polnische Grenze, die genau 450 km be-

trägt, auch unter diesem Gesichtspunkt begründet. Sie ist nicht mehr eine Grenze der Feindschaft, sondern im Gegenteil eine Grenze der Freundschaft.

Heute kommen auf 1000 km² der Oberfläche Polens 1,6 km Meeresgrenze und 11,4 km Landgrenze, während vor dem Kriege das Verhältnis 0,4 km : 14,2 km betrug. Auf dem gesamten Gebiet der Volksrepublik Polen befinden sich keine nennenswerten Verkehrshindernisse, wie z. B. größere Gebirgsketten. Die günstigen Verkehrsbedingungen fördern den Integrationsprozeß wie auch die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung, sie erleichtern ein schnelles Zusammenwachsen der früher abgetrennten Landesteile mit den alten polnischen Gebieten zu einem einheitlichen Organismus. Die Naturschätze im südlichen und südwestlichen Teil der Westgebiete, besonders die Bodenschätze, wurden zur Grundlage der Entwicklung großer Industrien wie überhaupt eines riesigen Aufschwungs.

Den allgemeinen Grund für die Rückkehr Polens in die Gebiete an Oder und Ostsee haben wir schon skizziert. Es waren keine Gebiete, in denen Milch und Honig floß. Die Zerstörungen waren nicht geringer als anderswo im Lande. Eine Reihe größerer Städte waren zu 50 bis 95 % vernichtet (Kolobrzeg!). Vernichtet oder beschädigt waren 148 000 städtische Häuser (1,5 Millionen Wohnungen), 45 % des Vorkriegsstandes; das bedeutete die Verringerung der Bevölkerung dieser Gebiete um rund 2 Millionen Bewohner.

Das Wirtschaftspotential wurde um 60 % verringert. Von insgesamt 9255 Betrieben lagen 6727 in Trümmer, von 10 707 km Bahnlinien waren 7563 km vernichtet. 70 % der Brücken mit mehr als 20 m Reichweite wurden zerstört. Vom Bestand der Flußschifffahrt blieben kaum 3 % unversehrt, von ehemals 3461 Flußschiffen waren es nur 108; aber auch das, was geblieben war, mußte von Grund auf erneuert werden. Die Verladeanlagen in den Häfen waren zu 100 %, die Hafenspeicher zu 50 % und die Küstenanlagen zu 45 % vernichtet. Um den Stand der Vernichtung in der Landwirtschaft zu verdeutlichen, sei nur gesagt, daß der Rest an lebendem Inventar insgesamt 5 % nicht überschritt.

Fast das ganze Odergebiet war vermint. Das gesamte von der Sowjetunion und der polnischen Armee entmint Gebiet betrug 153 000 km²; davon lag der größte Teil in den West- und Nordgebieten. Fast 6 Millionen Minen und 17 Millionen Geschosse mußten unschädlich gemacht werden.

So sahen Polen und seine wiedererlangten Gebiete an der Oder, der Lausitzer Neiße und der Ostsee aus, als im Jahre 1944/45 die Partei das Volk zum Wiederaufbau der alten Piastenheimat aufrief.

*

Auch rechtsstehende Gruppierungen der polnischen Untergrundbewegung hatten gefordert, die polnische Grenze nach Westen und Norden zu verschieben. Wirklichkeit werden konnte die Rückkehr dieser Gebiete zum Heimatland aber – wie die Geschichte zeigt – einzig und allein auf der Grundlage des Programms, das während des zweiten Weltkrieges von der Polnischen Arbeiterpartei (PRP), von der gesellschaftlichen Linken formuliert und repräsentiert wurde. Das war ein revolutionäres Programm der sozialistischen Umgestaltung des Landes, untrennbar verbunden mit der Forderung nach engen, freundschaftlichen Beziehungen Polens zur Sowjetunion und den anderen Nachbarvölkern.

Dieses Programm forderte die Westgrenze an der Linie Oder – Lausitzer Neiße – Ostsee als eine historische Grenze des polnischen Volkes, als eine Grenze, die die Sicherheit Polens gewährleistet, Frieden in Europa garantiert und das Unterpfand gutnachbarlicher Beziehungen mit dem demokratischen Nachkriegsdeutschland darstellt, dessen Entstehung das Programm ebenfalls forderte und vorsah. In ihrer programmatischen Deklaration „Worum wir kämpfen“ vom 1. März 1943 erklärte die Polnische Arbeiterpartei „die Rückkehr aller polnischen Gebiete zum polnischen Staat“ zu einer grundlegenden Forderung für den Aufbau des freien und unabhängigen Polens. Wir lesen dort:

„Alle polnischen Gebiete müssen zum polnischen Staat zurückkehren.

1. Im Westen und an der Ostsee müssen wir alle ethnisch polnischen Gebiete wiedererlangen, die durch eine Übermacht entnationalisiert und germanisiert wurden, hauptsächlich in der Zeit nach der Teilung Polens, während der Knechtung durch die deutsche Okkupation.
2. Im Osten, in den Gebieten, die seit Jahrhunderten durch eine ukrainische und weißrussische ethnische Mehrheit bevölkert sind, die so blutig ihre Freiheit bezahlt haben, können wir dem ukrainischen und weißrussischen Volke das Recht auf Bestimmung ihrer staatlichen Zugehörigkeit in Übereinstimmung mit dem Volkswillen nicht versagen.

Das sichert den Frieden im Osten und die Stärkung unserer Position im Westen und an der Ostsee.“

Auf dieses von der Polnischen Arbeiterpartei formulierte Programm stützten sich die demokratischen gesellschaftlichen und politischen Organisationen und die in Polen kämpfenden Untergrund-Einheiten; so sprach sich das im Dezember 1943 veröffentlichte Manifest für die Bildung einer demokratischen Repräsentation des Volkes durch den Nationalen Volksrat aus. Gleichzeitig wird in diesem Manifest die Rückkehr des alten Mutterlandes zu Polen ebenso gefordert wie

„die Festigung der Ostgrenze Polens in Übereinstimmung mit dem Willen des in diesen Gebieten lebenden Volkes und auf der Grundlage einer freundschaftlichen Verständigung mit der Sowjetunion“.

Ähnliche Grundsätze beschloß der Nationale Volksrat in der programmatischen Deklaration, die in seiner ersten Sitzung am 1. Januar 1944 angenommen wurde. Diese Haltung des Nationalen Volksrats findet ihre Bestätigung und Untermauerung in der Deklaration der Sowjetunion vom 11. Januar 1944, in der festgestellt wird, daß

„Polen sich nicht erneuern kann auf dem Wege der Eroberung ukrainischer und weißrussischer Gebiete, sondern nur durch die Rückkehr der alten polnischen Gebiete, die die Deutschen genommen haben. Die westlichen Grenzen Polens müssen erweitert werden durch die Rückkehr der vor langer Zeit von den Deutschen abgetrennten Gebiete zu Polen. Das wird die Garantie für die Vereinigung des gesamten polnischen Volkes in einem eigenen Staat sein.“

Von Mitte Januar bis in die ersten Tage des Mai 1945, in der Zeit der großen Offensive, die zur endgültigen Niederlage des Feindes in Berlin führte, befreiten die Sowjetarmee und die an ihrer Seite kämpfenden Armeen Polens die polnischen Westgebiete von der Okkupation Hitler-Deutschlands. Vor Polen stand nun die historische Aufgabe der Besiedelung und Repolonisierung der heimgekehrten Gebiete durch den Aufbau von Volksvertretungen und durch die Reorganisation aller Lebensbereiche.

Begonnen wurde diese Arbeit in Übereinstimmung mit dem Lubliner Manifest des Polnischen Volksbefreiungs-Komitees, das am 21. Juli 1944 auf dem ersten befreiten Streifen polnischer Erde entstanden war. Dieses Manifest, veröffentlicht

am 22. Juli 1944, rief das ganze Volk zum Kampf um die Rückkehr Polens nach Schlesien, Pommern und Westpreußen auf, zum Kampf „um polnische Grenzpfähle an der Oder“. In Übereinstimmung mit dem Appell entstand am 26. September 1944 der reaktivierte polnische Westverband, der durch den bekannten PRP-Funktionär Zenon Kliszko politisch geführt wurde. Das Zentralkomitee der PRP bestätigte eine Resolution, die das Programm für den Aufbau der West- und Nordgebiete nach ihrer Rückkehr enthielt; am 19. Januar 1945 gab es einen Aufruf an die Bevölkerung der befreiten Gebiete heraus, der dieses Programm präziserte. Den Kampf um die Verwirklichung dieses Programms führte das Volk, das sich um die Partei und die staatlichen Organe sammelte: den Nationalen Volksrat und die im Januar 1945 gegründete Vorläufige Regierung.

In den folgenden Wochen und Monaten delegierte die Partei in die wiedergewonnenen Gebiete ihre besten Mitglieder, Tausende patriotische Jugendliche des Jugendverbandes und anderer Jugendorganisationen, die die Aufgabe des „Kampfes um die Festigung und Vertiefung der historischen, demokratischen Veränderungen in unserem Lande“ übernahmen. Gleichzeitig leitete sie die große Ansiedlungsaktion in die Wege und begann mit der Wiederherstellung eines lebendigen Polentums in den zurückgekehrten Gebieten an Oder und Ostsee – neben der in diesen Gebieten verbliebenen polnischen Bevölkerung, die nach Millionen zählte. Es wurde das Ministerium für die zurückgekehrten Gebiete gebildet, an dessen Spitze der Generalsekretär der PRP und stellvertretende Ministerpräsident Władysław Gomułka stand. Allein diese Nominierung zeigt deutlich, welche Bedeutung die Partei der Repolonisierung der wiedererlangten Gebiete beimaß.

Bei der Volksabstimmung am 30. Juni 1946 gab das Volk diesen Anstrengungen und dem Programm der Partei voll und ganz seine Unterstützung. Über 10,5 Millionen Wähler, das sind 94 % der abgegebenen Stimmen, bejahten die Frage nach der Rückkehr der West- und Nordgebiete. Zu dieser Zeit hatte die Sowjetische Militäradministration die Verwaltung dieser Gebiete schon völlig der polnischen Regierung übertragen: am 18. März 1945 in Schlesien, im Mai 1945 in Pommern. Die sowjetischen und die polnischen Organe arbeiteten gleichzeitig zusammen bei der Repatriierung der deutschen Bevölkerung aus diesen Gebieten nach der sowjetischen und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, die in Über-

einstimmung mit den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und mit den Beschlüssen des Alliierten Kontrollrats erfolgte. Noch im Mai 1945 wurde das Zentrale Komitee der Umsiedler gegründet, das die Gesamtleitung der Aussiedlungsaktion hatte.

Das neue Leben, organisiert von der Partei, die unter ihren Parolen das ganze Volk vereinigte, begann auch die alten und nun neugeborenen Gebiete Polens zu umfassen. In unaufhaltbarem Strom flossen die Volksmassen nach dem Westen, um das vor Jahrhunderten geraubte Mutterland des polnischen Volkes zu bevölkern, zu polonisieren. Jene, die einst nach Fronarbeit in der Saison suchen mußten, die nach „Sachsen“ gingen, fanden nun Heimat und Arbeit. Viele, die durch den Krieg ausgezehrt waren, Gefangene aus den Konzentrationslagern, Heimkehrer, Soldaten, die das Schwert in Pflugscharen umgeschmiedet hatten, reichten sich hier in den Kampf um neues Brot in der neuen Heimat ein.

Der Plan für den Aufbau der durch den Krieg verheerten, nun zu Polen zurückgekehrten West- und Nordgebiete sah in keiner Weise die Rekonstruktion dessen vor, was hier in der Zeit der deutschen Herrschaft gewesen war. Diese Gebiete gehörten nun einem neuen, dem heimatlichen Organismus an, und neues Leben mußte in ihnen gepflanzt werden. Zur gleichen Zeit wurde – ebenfalls unter der Führung der PRP – ein Plan für den Aufbau ganz Polens, für die Erneuerung und Industrialisierung des ganzen Landes beschlossen; die Pläne zum Aufbau der West- und Nordgebiete wurden in diesen Gesamtplan einbezogen.

* Eine neue Wirtschaftsgeographie Polens mit neuen Grundlagen und neuen, gesunden Bedingungen begann sich zu entwickeln. Den wiedergewonnenen Gebieten fiel dabei eine besondere Rolle zu: sie waren – obwohl zerstört – besser ausgestattet als das übrige Polen, und jeder hier erarbeitete Groschen zahlte sich schnell aus. Weiter waren diese Gebiete, wie z. B. Schlesien, reich an Bodenschätzen. So investierte Polen in den ersten Nachkriegsjahren riesige Summen hauptsächlich in den Aufbau der zurückgekehrten Gebiete an Oder und Ostsee.

Heute, nach 20 Jahren, ist die vollständige Integration dieser Gebiete in das übrige Polen vollzogen. In kaum einem Lebensbereich könnte man noch einen Unterschied zwischen

ihnen und dem alten Polen finden. Es gibt keine besonderen Statistiken über sie; die Angaben, die hier angeführt werden, sind mühsam aus den allgemeinen polnischen Statistiken herausgezogen und umgerechnet. Die gesamte Planung und Leitung der Wirtschaft Polens geht seit Jahren von den neuen Grenzen aus, die nicht nur auf den Karten, sondern in Wirklichkeit existieren. In dem Brief an die Auslandspolen zur Jahreswende 1958/59 hat Władysław Gomułka eine ganz einfache, aber ungeheuer wichtige Feststellung getroffen: „Es gibt nur ein Polen, Polen ist hier, zwischen Oder und Bug.“

Diese offensichtliche Wahrheit, die wir besonders den Polen im Ausland in Erinnerung rufen, die noch die verschiedensten Vorstellungen – sowohl geographisch wie auch politisch – aus der Vergangenheit haben, war im Jahre 1945, bei der Erlangung der Unabhängigkeit Polens, nicht so offensichtlich. Heute aber, nach 20 Jahren, wo wir von der vollständigen Vereinigung, von der vollen Integration aller polnischen Gebiete sprechen, lohnt es sich, daran zu erinnern, wie dieses Problem 1945 aussah.

Die Folge aus der mehrere Jahrhunderte währenden Abtrennung der polnischen West- und Nordgebiete vom Mutterland waren generelle Disproportionen in ihrer sozialökonomischen Struktur, in den demographischen, nationalen, rechtlichen und vielen anderen Problemen. (Wir erwähnten bereits die Tatsache, daß 1945 mit der Rückkehr dieser polnischen Gebiete auch 1,2 Millionen dort ansässige Polen, die sich des hundertjährigen Prozesses der Germanisierung erwehrt hatten, zurückkehrten!) Bei den Maßnahmen zur Repolonisierung mußten alle jene Unterschiede, die diese Gebiete im Vergleich zu dem restlichen Polen aufwiesen, sorgfältig berücksichtigt werden.

Im Jahre 1945 war es völlig berechtigt, von einem Problem der „zurückgekehrten“ Gebiete zu sprechen. Das war Ausdruck unserer tiefen Überzeugungen, daß die Potsdamer Beschlüsse, die diese Gebiete Polen wieder zuführten, geschichtliche Bedeutung hatten.

Hier eine kleine Abschweifung: Im 17. Jahrhundert gebrauchten die polnischen Wissenschaftler zur Bezeichnung der schon zu dieser Zeit von Polen abgetrennten Gebiete den Ausdruck „die Gebiete, die weggegangen sind“. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen bezeichneten wir diese Gebiete als „heimatliches Piastenland“ mit dem Zusatz „unter preußischer Herrschaft“. Mit dem Ausbruch des Krieges wurde

neben der Vernichtung des Faschismus die Rückkehr Polens an die Oder zu einem der wichtigsten Ziele im Kampf des polnischen Volkes. Damals wurde für die Gebiete an der Oder und Ostsee der Begriff „postulierte Gebiete“ geprägt. Diese Formel verwendeten wir in der Untergrundpresse und in den politischen Denkschriften. Als im Jahre 1943, nach der Niederlage der Faschisten bei Stalingrad, der Sieg der Alliierten sich in konkreter Gestalt abzuzeichnen begann, wurde die Bezeichnung „postulierte Gebiete“ dem Inhalt der neuen politischen Situation entsprechend konkretisiert; von diesem Moment an gebrauchten wir die Bezeichnung „die Gebiete, die zurückkehren müssen“. Zum Beispiel trugen drei Bände, die von uns im Untergrund herausgegeben wurden, den Untertitel „Die zurückkehrenden Gebiete“. Nachdem Polen 1945 seine Unabhängigkeit gewonnen hatte, veränderte sich die Bezeichnung erneut, diesmal in „Wiedererlangte Gebiete“. Diese wiederum ist in den dann folgenden Jahren mit dem vollständigen Vollzug der Integration gänzlich verschwunden.

Aber im Jahre 1945 waren diese Gebiete ein besonderes Problem. Erstens: Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung dieser Gebiete (1938 waren es 8,4 Millionen) wurde durch die Hitler-Behörden evakuiert oder floh in der letzten Phase des Krieges vor der sich nähernden Front. Dort verblieben war eine deutsche Bevölkerung von ca. 3,5 Millionen; diese wurde auf Grund der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die durch den Alliierten Kontrollrat verwirklicht wurden, in die vier Besatzungszonen evakuiert. Im Laufe von zwei Jahren wurde die Mehrheit dieser Bevölkerung nach Deutschland repatriert. Ihren Platz mußte eine polnische Bevölkerung einnehmen, angesiedelt aus der Tiefe des Landes: Obdachlose aus den schwer zerstörten Städten und Dörfern Polens, Repatrierte aus den ehemaligen östlichen Gebieten Polens, aus der Sowjetunion, aus anderen europäischen Staaten, ehemalige Zwangsarbeiter und Gefangene der Konzentrationslager, demobilisierte Soldaten. Dieses Problem an sich bedeutete schon eine enorme Aufgabe; dazu kam gleichzeitig das Problem des schweren Wiederaufbaus und der Bewirtschaftung dieser Länder in der ersten Zeit.

Zweitens: der gesamte landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Besitz in diesen Gebieten, mit Ausnahme des Eigentums der ansässigen polnischen Bevölkerung, hatte den Deutschen gehört und wurde jetzt Eigentum des Staates; damit entstand ein besonderes Problem. Allmählich und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Aufbaus wurde

dieser Besitz teilweise reprivatisiert; er kam in die Hände der neuen Bewohner dieser Gebiete. — Die gesamte Rechtsstruktur der zurückgewonnenen Gebiete mußte allmählich liquidiert und durch das polnische Recht ersetzt werden, das einheitlich für das ganze Land galt. Ebenso war die wirtschaftliche Struktur dieser Gebiete überwiegend nach anderen Grundsätzen aufgebaut als in den alten Gebieten Polens; sie bedurfte einer beträchtlichen Umstellung, eines Umbaus, um sie den Verhältnissen der Planwirtschaft, dem neuen Profil Polens anzupassen.

Man könnte noch viele Faktoren anführen, in denen diese Gebiete sich noch im Jahre 1945 vom polnischen Gesamtorganismus unterschieden; doch die aufgeführten Beispiele mögen genügen. Wie entwickelte sich dieses Problem insgesamt weiter?

Es ist sehr schwierig, ja fast unmöglich, aus den Statistiken Polens für das Jahr 1945 statistische Zahlen für das gesamte wiedererlangte Gebiet zu ermitteln. Die Ursachen dafür liegen hauptsächlich in der sehr schnell vollzogenen Integration dieser Gebiete, in dem Umstand, daß etwas Neues entstand, ein einheitlicher Organismus Volkspolens, eine neue ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Geographie. Ihre planmäßige Neuschöpfung von Anfang an, der von Beginn an die Fragen der Administration untergeordnet waren, verband die vorher zerrissenen Gebiete zu einer einheitlichen organischen Gesamtheit. Dafür einige Beispiele:

So ist die heutige Wojewodschaft Gdańsk aus Teilen zusammengesetzt, die in der Vorkriegszeit zu vier verschiedenen Organismen gehörten: zu Westpreußen, zur Freien Stadt Danzig, zur polnischen Wojewodschaft Pommern und zum preußischen Regierungsbezirk Koszalin (Köslin). Ein anderes Beispiel: die großen schlesischen Städte Zabrze, Gliwice und Bytom grenzten fast buchstäblich an Chorzow und andere Zentren des oberschlesischen Gebietes, die schon vor dem Kriege zu Polen gehörten; heute gehören sie logischerweise zu einer Wojewodschaft, nämlich zu Katowice. Wir rechnen sie nicht mehr zu den wiedererlangten Wojewodschaften. Zur Wojewodschaft Białystok, d. h. zu einer schon nicht mehr „wiedererlangten“, gehören drei Kreise, die früher zu Ostpreußen zählten: Elk, Goldap und Olecko (die sogenannten EGO-Kreise). Ähnlich sind die Verhältnisse in den Wojewodschaften Poznań und Zielona Góra. Ein Teil des wiedererlangten Babimojszczyner Gebietes gehört heute zur Wojewodschaft Poznań und fällt damit ebenfalls aus der Statistik

der im Jahre 1945 „wiedererlangten“ Wojewodschaften heraus. Ein anderes Beispiel: der Steinkohlenbergbau, das Kohlebecken, umfaßte Ober- wie auch Teile Niederschlesiens, des Gebietes von Opole und der Wojewodschaft Kraków. Wie soll man da statistische Gesamtangaben über die wiedererlangten Gebiete gewinnen? Der Prozeß der Integration ist total.

Der Versuch, die Angaben über die Entwicklung und das Potential Polens in den gesamten wiedererlangten Gebieten im Jahre 1945 zu addieren, macht viel mühevollen Arbeit und erfordert, die in großer Menge vorliegenden Statistiken genau durchzuarbeiten. Die von den Wojewodschaften geführten Bevölkerungsstatistiken z. B. geben 250 000 Menschen weniger für die wiedererlangten Gebiete im Jahre 1945 an, als es in Wirklichkeit waren; das liegt hauptsächlich an der bereits erwähnten unterschiedlichen Verwaltungszugehörigkeit der Städte Gliwice, Bytom und Zabrze. Gegenwärtig führen wir keine solchen Statistiken, sie sind nicht notwendig. Wenn wir trotzdem 20 Jahre nach der Rückkehr dieser Gebiete eine Reihe von Zahlen vorlegen, dann nur, um eine generelle Jubiläumsbilanz zu ziehen und um gleichzeitig die revisionistische Propaganda, die in der Deutschen Bundesrepublik betrieben wird, gebührend zurückzuweisen.

Die Wojewodschaften Opole und Dolni Śląsk spielten in unserem staatlichen Leben fast 17 Jahre hindurch eine besondere Rolle. Heute liefert das oberschlesische Industriegebiet drei Viertel der gesamten Steinkohlenproduktion, zwei Drittel der Hüttenerzeugnisse und etwa die Hälfte der Elektroenergie des ganzen Landes. Die Bevölkerungsdichte der Wojewodschaften Wrocław und Gdańsk ist höher als die der Wojewodschaften Poznań, Bydgoszcz oder Warszawa. In der Industrie- und auf kulturellem Gebiet überholten die Wojewodschaften an der Oder z. B. die Wojewodschaft Warszawa (außer der Hauptstadt selbst).

Die ökonomische Struktur Niederschlesiens ist vor allem von der Industrie, die auf den dortigen Rohstoffen basiert, und den damit verbundenen großen Investitionen im Industriegebiet geprägt. Die Wojewodschaft Wrocław, einschließlich der Stadt Wrocław, erbringt heute ein Zehntel der gesamten Industrie- und auf kulturellem Gebiet überholten die Wojewodschaften an der Oder z. B. die Wojewodschaft Warszawa (außer der Hauptstadt selbst).

Wojewodschaft, die wohl in der absoluten Höhe der Agrarproduktion an der Spitze des Landes steht; auch Niederschlesien hat seine Produktion über den Landesdurchschnitt erhöht. Die Wojewodschaften an der Ostsee sind augenblicklich noch wenig industrialisiert; jedoch verdient Beachtung, was hier der nächste Fünfjahrplan vorsieht: davon wird noch zu sprechen sein.

Heute weist die Bilanz der zwei Jahrzehnte in Polen imponierende Errungenschaften auf. Es ist nicht möglich, alle Positionen dieser Bilanz anzuführen; beschränken wir uns also auf einige von grundsätzlicher Bedeutung.

Die Bruttonproduktion der Industrie war im Jahre 1963 annähernd neunmal höher als im Jahre 1938. In den Jahren 1946 bis 1963 betrug das Tempo der Produktionssteigerung in der Industrie durchschnittlich 15,8 Prozent jährlich. Die Beibehaltung eines solch hohen Tempos über einen so langen Zeitraum hinweg gelingt nur wenigen Ländern. Die heutige Industrie Polens ist mit der Vorkriegsindustrie nicht vergleichbar. Eine neue Rohstoff-, energetische und industrielle Basis der Wirtschaft wurde geschaffen. Das war eine der schwierigsten Aufgaben, weil diese Investitionen zu den kostspieligsten und langwierigsten gehören.

1965 war die Produktion von Elektroenergie zehnmal höher als im Jahre 1938 und erreichte 40 Milliarden kWh. Die Stahlschmelze ist sechsmal höher als vor dem Kriege und beträgt 8,5 Millionen Tonnen. Die Kohleförderung erhöhte sich auf das Dreifache, auf über 110 Millionen Tonnen; das sicherte Polen den sechsten Platz in der Welt. Gleichzeitig entstand ein ganz neuer Industriezweig: die Förderung von Braunkohle, des billigen und sehr ökonomischen energetischen Brennstoffs.

Kohle, Elektrizität und Stahl waren die Grundlage für die Entwicklung zahlreicher Zweige der verarbeitenden Industrie. In erster Linie entwickelte sich hier die Schwermaschinenindustrie, die die unerläßliche Ausstattung der Fabriken ermöglicht. Auf allen Gebieten mußte hier buchstäblich mit einem Nichts angefangen werden, da die Vorkriegszeit keine Traditionen hinterließ. So sind aus dem Nichts der Maschinenbau und die Industrie für energetische Einrichtungen, für Dampfkessel, für Grubenmaschinen und -einrichtungen, für Chemieanlagen, für Turbogeneratoren und Transformatoren hoher Kapazität usw. entstanden.

Von Grund auf wurden auch andere wichtige Industriezweige neu geschaffen. Polen schmilzt Kupfer, Aluminium,

besitzt eine elektrotechnische und elektronische Industrie und auch eine Kraftfahrzeugindustrie. Der Schiffbau nimmt den neunten Platz in der Weltliste ein, und Schiffe sind eines der wichtigsten polnischen Exportgüter. In viele Länder der Welt exportiert Polen fertige Industrieobjekte: Gruben, Zuckerrfabriken, Zementwerke, chemische Betriebe.

Einer der sich am intensivsten entwickelnden Industriezweige ist die chemische Industrie. Ihre gegenwärtige Produktion ist mehr als zwanzigmal höher als in der Vorkriegszeit. In Polen sagt man, daß die Chemie zur Nationalindustrie wurde, und das ist nicht verwunderlich: Polen besitzt große Vorräte an chemischen Rohstoffen und einen beinahe unbegrenzten Bedarf, der aus der Entwicklung der Landwirtschaft, aus der Notwendigkeit der Einsparung von teuren Mangelrohstoffen usw. entspringt. Es werden also synthetischer Kautschuk, künstliche und synthetische Fasern usw. produziert.

Die Entwicklung der Industrie war einer der Hauptfaktoren für die Durchsetzung des Fortschritts in der Landwirtschaft auf der Basis von Kunstdünger, landwirtschaftlichen Maschinen, Pflanzenschutzmitteln usw.; nur so konnte die landwirtschaftliche Produktion intensiviert werden. Dabei wurde ein großer Fortschritt erreicht, und die heutige Produktion ist um mehr als 30 Prozent höher als vor dem Kriege. Doch sie entspricht noch nicht dem schnellen Anstieg des Verbrauchs, dem wachsenden Marktbedarf. Daher sind auch in diesem Fünfjahrplan 25 Prozent der Investitionsausgaben für die Landwirtschaft bestimmt.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der gesellschaftlichen Entwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten gehört der riesige Anstieg der Beschäftigtenzahl in den nichtlandwirtschaftlichen Bereichen. Auf Grund dieser wirtschaftlichen Revolution veränderte sich die gesellschaftliche Struktur des Landes. Die nichtlandwirtschaftlichen Bereiche geben über 60 Prozent der Bevölkerung des Landes Arbeit und Auskommen. Vor dem Kriege waren die Arbeitslosigkeit in den Städten und die sogenannten „überflüssigen Hände“ auf dem Lande eine der Plagen der polnischen Wirtschaft, also der Überfluß an Arbeitskräften, die keine auskömmliche Beschäftigung fanden. Begriffe wie „Arbeitslosigkeit“ und „überflüssige Hände“ sind jetzt in Polen unbekannt. Im Gegenteil: die sich entwickelnde Wirtschaft ruft ständig nach Kadern, und ihre Ausbildung ist stets eine der vorrangigsten Aufgaben.

Es wäre schwierig, wollte man hier die Entwicklung aller Zweige der polnischen Volkswirtschaft im Jahre 1965 auf-

zählen und den Umfang der Industrieproduktion, der Landwirtschaft oder des Handels in den polnischen West- und Nordgebieten schätzen. Hier können nur Beispiele geboten werden. So konzentriert sich die Produktion von Turbinen, Generatoren, Kesseln, Fahrzeugen usw. besonders in diesen Gebieten. Weiter werden hier fast ein Drittel der gesamten Energie des Landes produziert und zwei Drittel der Braunkohle gefördert; fast die Hälfte der Kohleproduktion Polens kommt aus diesen Gebieten, fast 90 Prozent* der Güterwaggons, die gesamte Erzförderung u. a.

In der Industrie dieser Gebiete arbeiten heute schon rund 900 000 Menschen; das ist mehr als die Beschäftigungszahl der gesamten polnischen Industrie vor dem Kriege. Darüber hinaus ist die Industrie Polens heute um vieles moderner als in der Vorkriegszeit; sie ist viel stärker automatisiert und mechanisiert — auch diese Feststellung spricht für sich. Noch eine andere Zahl sei hier genannt, die von dem Vizepremier Polens, Zenon Nowak, in Opole zitiert wurde: von 1946 bis 1963 wuchs die Industrie dieses Gebietes um das Vierzehnfache!

Wir sprachen von der Randbedeutung, die die „Ostgebiete“ für das ehemalige Deutsche Reich hatten. Wie ganz anders sehen demgegenüber die Zahlen der Entwicklung der Gebiete an Oder und Ostsee in Polen aus: Diese Gebiete bedecken ein Drittel der Gesamtfläche Polens, sie beherbergen 26 % seiner Bevölkerung (8,3 Millionen), ihre Bruttoproduktion macht 26 % der Gesamtproduktion Polens aus. Hier bestehen also gesunde natürliche Proportionen, die das organische Wachstum der zurückgekehrten Gebiete des Landes ebenso sichtbar machen wie die natürliche, gesunde Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft, die nach einem Gesamtplan abläuft und eine neue Wirtschaftsgeographie Polens schafft.

Es ist offensichtlich, daß die ersten beiden Jahre des Aufbaus in den Westgebieten Jahre der Improvisation unter ungewöhnlich schwierigen Verhältnissen waren. Der Beschluß des Ministerrates vom 14. März 1945 über die vorläufige Verwaltungsgliederung dieser Gebiete, der sie in vier „administrative Gebiete“ aufteilte, wurde durch Bevollmächtigte der Regierung vollzogen. Das Dekret vom 13. 11. 1945, das das schon erwähnte Ministerium für die wiedererlangten Gebiete ins Leben rief, dehnte gleichzeitig die gesetzgebende Macht Polens auf diese Gebiete aus. Die Hauptaufgaben dieses Ministeriums waren die Durchführung der Umsiedlung in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Alliierten, die

Ansiedlung der polnischen Bevölkerung sowie die Verteilung der landwirtschaftlichen Erträge und des nichtlandwirtschaftlichen Besitzes unter sie, soweit er nicht nationalisiert war.

Am Ende des Dreijahresplans im Jahre 1949 war in den West- und Nordgebieten der Aufbau der Produktionsgrundlagen im wesentlichen abgeschlossen. Im Rahmen des folgenden Sechsjahresplans und der weiteren Volkswirtschaftspläne begann Polen, im Zusammenhang mit der Industrialisierung des ganzen Landes, in diesen Gebieten neue und moderne Industriebetriebe zu bauen bzw. die fast total zerstörten Anlagen wiederaufzubauen. Die deutsche Industrie in diesen Gebieten — es ist wichtig, das zu erwähnen — war auf Rüstungsproduktion ausgerichtet, mit einem im wesentlichen veralteten Maschinenpark ausgerüstet und stark verzettelt gewesen; das verursachte ihre Unwirtschaftlichkeit und nötigte sie zur Zusammenlegung der Betriebe, wenn sie dieser Gefahr entgehen wollte.

Ökonomisch betrachtet, war es logisch, daß der Schwerpunkt in diesem Gebiet auf die Wiederherstellung und Entwicklung der Schwerindustrie gelegt wurde; denn sie mußte zur Basis der Industrialisierung des Landes werden. So wurden in den ersten Jahren besonders die grundlegenden Werke der Schwerindustrie aufgebaut, wie das Werk für Generatoren und große elektrische Motoren „Dolmel“ und die Waggonfabrik „Pafawag“ in Wrocław, das Elektrochemische Werk „Elwro“ ebenfalls in Wrocław (heute eine Fabrik für mathematische Maschinen), das große Elektrizitätswerk in Turossow, die Stickstoffwerke in Kędzierzyn, die Kesselfabrik in Racibórz, das Rohrwerk in Zawadzkie, die Turbinenfabrik in Elbląg, die großen Werften u. a. m.

Heute, zwanzig Jahre nach Beendigung des Krieges, ist die Industrieproduktion dieser Gebiete nach Schätzungen von Fachleuten dreimal größer als in den Zeiten der deutschen Herrschaft vor dem Krieg. Der polnische Vizepremier, Zenon Nowak, stellte in seiner Ansprache in Opole im Januar 1965 fest:

„Die breite ökonomische Entwicklung der West- und Nordgebiete ist das Resultat wichtiger Investitionen. Ökonomen schätzen, daß wir im Verlaufe von zwanzig Jahren die Grundfonds im Verhältnis zu dem in diesen Gebieten Vorgefundenen verdoppelt haben. Die Grundfonds der Industrie wuchsen in diesen Jahren auf das Dreifache. Die Investitionen in der volkseigenen Indu-

strie (d. h. ohne die kommunalen Investitionen, die von den Volksräten vorgenommen werden — d. Verf.) in diesen Gebieten betragen in den Jahren 1946 bis 1963 ein Viertel der Gesamtinvestitionen des Landes.“

Nicht ohne Bedeutung für Gegenwart und Zukunft der westlichen und nördlichen Gebiete sind die geologischen Entdeckungen durch die polnischen Wissenschaft. Diese Gebiete waren in der deutschen Epoche in geologischer Hinsicht wenig erforscht. Die durch Polen intensiv betriebenen Schürfungen führten u. a. zur Auffindung von Erdöllagern in der Wojewodschaft Zielona Góra; ergänzen muß man, daß polnische und sowjetische Geologen gemeinsam vor kurzem der „großen Naphta“ in der Wojewodschaft Olsztyn auf die Spur gekommen sind. Weiter deckten sie sehr reiche Kupferlager in Niederschlesien (im Kreis Bolesławiec — Lubni — Głogów) auf; das bedeutet, daß heute Polen zu den an Kupfererzlagern reichsten Staaten Europas gehört. Auf der Grundlage der entdeckten Bodenschätze entstanden eine große Kupferhütte, verarbeitende Betriebe usw. In noch viel größerem Maße werden die umfangreichen Braunkohlenlager von Turow erforscht (an der Grenze Polens zur DDR, nicht weit vom Kombinat „Schwarze Pumpe“), wo auf dieser Grundlage ein großes Energiekombinat aufgebaut wurde. Diese Beispiele könnte man beliebig fortsetzen. Jede dieser Entdeckungen zieht neue große Investitionen nach sich, die die Volkswirtschaft bereichern.

Betrachten wir nun die Grundlageninvestitionen des letzten Sechsjahrplans (1955 bis 1960) in den westlichen und nördlichen Wojewodschaften. Zuvor aber wollen wir die in Polen gebräuchlichen Begriffe für dieses Problem erläutern.

Als „Wirtschaftsregion“ bezeichnen wir „im umfassendsten Sinne das Gebiet, auf dem sich in ausdrücklicher Weise die Zusammenarbeit der untereinander verbundenen Produktion herausgebildet hat und herausbildet“. Unter dem Begriff „Industriebezirk“ verstehen wir eine „sich in unterschiedlichen Gebieten befindende Anhäufung einiger Industrien in einigen Orten, die untereinander verbunden, im Interesse des ökonomisch-gesellschaftlichen Nutzens zu einer gemeinsamen Lokalisation geführt werden“. Weiter verstehen wir unter „Industriezentrum“ „die Anhäufung einiger Betriebe von

gesamtstaatlicher Bedeutung an einem Ort oder zwei Orten“¹⁾.

Der Sechsjahrplan sah den Aufbau einiger Industriebezirke vor, besonders in den westlichen und nördlichen Wojewodschaften Polens. Neben dem schon bestehenden und sich nun entwickelnden oberschlesischen Industriebezirk von Kędzierzyn-Racibórz, entlang der Oder, sich stützend auf das Dreierkombinat Kędzierzyn-Blachownia-Zdzieszowice, entstanden in dieser Zeit der Industriebezirk an den Sudeten mit 210 000 Beschäftigten — seine Zentren hat er in Walbrzych, Legnica, Swidnica, Dzierżoniów, Jelenia Góra und Bolesławiec — und der Wroclawer Industriebezirk mit 90 000 Beschäftigten. In diesen Industriebezirken wurde viel investiert, wie z. B. in den Kupferhütten „Lena“ und „Konrad“ im Kreis Bolesławiec, den Chemiebetrieben „Wizów“ in Bolesławiec und „Rokita“ in Dolni Brzeg, im Zellulosewerk und der Spinnerei in Jelenia Góra, dem Betrieb für feuerfeste Materialien in Strzegom, den Metallographischen Betrieben in Legnica, der Metallpresse und Raffinerie in Wrocław u. a. m.

Das hervorstechendste Merkmal des gegenwärtig zu Ende gehenden Fünfjahrplans war, daß er sich auf neue geologische Funde und die damit teilweise verbundene Produktion von Elektrizität stützen konnte. Der große Verbrauch des Landes an verkokter Kohle war — neben den schon erwähnten Investitionen (Turoszow, Głogow-Lubin, Krosno) — der Grund für die Errichtung des Industriebezirks Rybnickie, wo die drei Gruben „Mszana“, „Jastrzebie“ und „Moszczenica“ eröffnet wurden. Der Aufbau und Ausbau großer Industrieprojekte in der Wojewodschaft Zielona Góra trug zur Umgestaltung dieses Industriebezirks bei, der seine Zentren in Zielona Góra, Nowa Sól, Zary und Zagan hat; daneben entwickelt sich stark das Industriezentrum Gorzow.

Die Tabelle der in den Jahren 1950 bis 1960 neu aufgebauten Betriebe weist für die westlichen und nördlichen Wojewodschaften folgende Zahlen auf: Olsztyn 37 neue und ausgebauten Betriebe, Gdańsk 67, Koszalin 29, Szczecin 33, Zielona Góra 59, Stadt Wrocław 33, Wojewodschaft Wrocław 150, Opole 75. In den folgenden Jahren bis 1965 sind diese Zahlen weiter stark gewachsen; in einigen Wojewodschaften haben sie sich verdoppelt.

Im Vergleich zum Durchschnitt des gesamten Landes weist

¹⁾ T. Mrzygłód, Die Politik der Verteilung der Industrie in Polen in den Jahren 1946 bis 1980, Książka i Wiedza, Warszawa 1962

der Plan noch ungenügende Investitionen in den in wirtschaftlicher Hinsicht zurückgebliebenen Wojewodschaften auf; uns interessieren in dieser Arbeit besonders die nördlichen Wojewodschaften Polens. Die Ursachen sind offensichtlich: die fehlenden Bodenschätze in diesen Gebieten und die Notwendigkeit, Investitionen in solchen Gebieten vorzunehmen, wo sie sich schnell rentieren. Daher war der Anteil der nördlichen Wojewodschaften am gesamten Industriepotential noch 1958 sehr gering; heute ist er schon wesentlich besser geworden, doch sind wir mit dem gegenwärtigen Stand noch nicht zufrieden. So legt der neue Fünfjahrplan – und das wird noch näher näher zu behandeln sein – auch besonderes Gewicht auf den Aufbau der Industrie vor allem in diesen Gebieten; doch ist anzunehmen, daß die revolutionäre Veränderung in diesen Gebieten sich in der Hauptsache erst in dem Jahrzehnt von 1970 bis 1980 vollziehen wird.

Wladisław Gomułka hat am 9. Mai in Wrocław aus Anlaß der 20-Jahr-Feier des Sieges über den Faschismus und des 20. Jahrestages der Rückkehr der Gebiete an Oder und Ostsee zu Polen festgestellt, daß wir in diesem Gebiet aus Ruinen Städte und Dörfer aufgebaut haben. Szczecin, das 1939 ungefähr 270 000 Einwohner hatte und im Krieg schwer zerstört wurde, zählt heute fast 300 000; Opole, vor dem Krieg 50 000 Einwohner, hat heute 70 000; die Bevölkerung von Zabrze stieg von 126 000 auf 200 000, die von Zielona Góra von 25 000 auf 61 500; in Wałbrzych verdoppelte sich die Einwohnerzahl, ähnlich in Jelenia Góra, Gorzów usw.. Gdańsk, das vor dem Kriege eine Viertelmillion Einwohner zählte, hatte 1963 310 000, obwohl es zu 60 % zerstört war.

Im Verlaufe des Fünfjahrplanes bauten wir in diesem Gebiet etwa eine halbe Million Wohnungen. Gomułka erwähnte, daß der Maßstab unserer Anstrengungen beim Aufbau dieser Gebiete die Investitionen für die ökonomische Entwicklung sind. Die Gesamtsumme dafür hat die enorme Höhe von 300 Milliarden Złoty (einschließlich der Kommunalinvestitionen, von denen Vizepremier Nowak in seiner Rede in Opole nicht gesprochen hatte). Diese Summe übersteigt den Wert der Anlagen, die wir 1945 hier vorgefunden hatten.

Aufschlußreich ist es auch, die Entwicklung dieser im Jahre 1945 zurückgewonnenen westlichen und nördlichen Gebiete unter dem Aspekt der Beschäftigtenzahlen zu analysieren. Von den 1 202 000 im Jahre 1946 in der Industrie des gesamten Landes Beschäftigten fielen in dieser Zeit auf die West- und Nordgebiete (ihre Grenzen wurden später verändert):

5 412 auf Olsztyn (0,5 % der in ganz Polen Beschäftigten)
 37 093 auf Gdańsk (3,1 %)
 8 092 auf Koszalin (0,7 %)
 9 635 auf Szczecin (0,8 %)
 18 221 auf Zielona Góra (1,5 %)
 140 240 auf Wrocław (11,7 % – mit der Stadt Wrocław)

Aus dieser Statistik ist bewußt die Wojewodschaft Katowice ausgelassen worden, weil es schwierig wäre, den Anteil zu ermitteln, der auf die wiedererlangten Gebiete entfiel. Diese Wojewodschaft wurde durch den Krieg verhältnismäßig wenig zerstört; 1946 konzentrierten sich hier 34 % aller in der polnischen Industrie Beschäftigten. In den drei Wojewodschaften Katowice, Wrocław und Łódź arbeiteten in den ersten Jahren nach dem Kriege 55 % aller Beschäftigten des Landes; das macht deutlich, wie niedrig der Stand der Beschäftigten und der Industrialisierung im ganzen Lande war. Während im gesamten Land auf 100 Quadratkilometer 386 in der Industrie Beschäftigte kamen, so waren es in den Wojewodschaften Białystok und Olsztyn auf 100 Quadratkilometer 26 bis 28.

Abgesehen von diesen beiden am schwächsten entwickelten Wojewodschaften, war die Situation in den anderen nicht viel besser. Acht von ihnen, darunter die Wojewodschaften Koszalin, Zielona Góra und Szczecin, erreichten nicht die Hälfte des damaligen Landesdurchschnitts. Doch so wie die Zahl der in der Industrie Beschäftigten in diesen Wojewodschaften von 1959 bis 1964 wuchs, so auch die Proportion in bezug auf den Ausgangspunkt. Die Beschäftigtenzahl erreichte bis Ende 1964 in der Industrie 3 425 700 (in der sozialistischen Wirtschaft insgesamt 8 275 400); 1959 hatte sie 3 Millionen betragen. Und hier die Tabelle der westlichen und nördlichen Wojewodschaften:

| | 1959 | % zu 1946 | 1964 |
|--------------|---------|-------------------------|---------|
| Olsztyn | 37 829 | 699 (280) ¹⁾ | 43 900 |
| Gdańsk | 115 858 | 312 (125) | 143 800 |
| Koszalin | 32 344 | 400 (160) | 39 900 |
| Szczecin | 55 101 | 572 (229) | 71 800 |
| Zielona Góra | 72 479 | 398 (159) | 86 200 |
| Wrocław | 312 009 | 222 (89) | 356 800 |
| Opole | 110 982 | 367 (147) | 126 300 |

¹⁾ Die in Klammern gesetzte Ziffer gibt das Verhältnis der Steigerungsrate der betreffenden Wojewodschaft zum Landesdurchschnitt (= 100) an.

Diese Zahlen zeigen, daß diejenigen Wojewodschaften, die die stärkste Dynamik im Wachstum der in der Industrie Beschäftigten wie auch in der Entwicklung der Industrie in den Jahren 1946 bis 1959 sowie 1959 bis 1964 aufweisen und deren Entwicklungstempo das Gesamttempo des Landes um das Doppelte übersteigt, zwei wiedererlangte Wojewodschaften sind: Olsztyn und Szczecin. Zu den Wojewodschaften, deren Entwicklungstempo über dem Durchschnitt liegt (130–160 ‰), gehören weiter Koszalin, Zielona Góra und Opole. Auf mittlerem Niveau liegt Gdansk, und nur die Wojewodschaft Wrocław (mit der Stadt selbst) liegt unter dem Durchschnitt. Dieses letzte Beispiel ist ein Ergebnis der konsequenten staatlichen Politik der Deglomeration; ähnlich vollzieht sich die Entwicklung in der Wojewodschaft Katowice.

So wurde das schnelle Wachstum der Beschäftigtenzahl in den nördlichen Wojewodschaften gefördert, obwohl sie die wichtigste Etappe der Entwicklung erst im kommenden Fünfjahrplan erleben werden. Am 31. 12. 1964 stellten die westlichen und nördlichen Wojewodschaften folgenden Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl Polens: im gesellschaftlichen Sektor 28,6 ‰, in der Industrie 25,4 ‰.

Bei der Beurteilung dieser Beispiele des Entwicklungstempos der Industrialisierung und der Beschäftigtenzahl muß man vor allem bedenken, daß die Rohstoffbasen und die vorausgegangenen industriellen Investitionen eine bedeutende Rolle spielten und weiterhin spielen werden, sowohl vom Standpunkt der wirtschaftlichen Rechnungsführung, der Rentabilität der Investitionen aus, wie auch im Hinblick auf die Möglichkeiten des Staates, der auf der Rückständigkeit und den Ruinen des Krieges aufbaute. Tatsache ist, daß die Dynamik der industriellen Entwicklung der westlichen und nördlichen Wojewodschaften über dem Durchschnitt des Landes liegt. Das ist an dem Zuwachs der industriellen Bruttoproduktion zu erkennen.

Von 1950 bis 1963 wuchs die Industrieproduktion im ganzen Land um 426,2 ‰. Die entsprechenden Zahlen für die einzelnen Wojewodschaften in den West- und Nordgebieten zeigen folgendes Bild: Gdansk 600,4 ‰, Koszalin 572,7 ‰, Olsztyn 704,3 ‰, Opole 488,6 ‰, Szczecin 605,5 ‰, Wrocław (Stadt und Wojewodschaft) 356,2 ‰ und Zielona Góra 677,9 ‰. Der prozentuale Anteil dieser sieben Wojewodschaften an der Gesamtproduktion der polnischen Industrie wuchs von

22,2 ‰ im Jahr 1950 auf 29,5 ‰ im Jahre 1963. Diese Zahlen sprechen für sich.

Noch ein anderes Beispiel: Polen verfügte vor dem Kriege nur über den Hafen von Gdynia, der wegen der deutschen Schikanen um Gdańsk gebaut worden war; er war zwar modern, hatte aber keine eigene Helling. Der Schiffbau war damals in Polen völlig unbekannt. Heute hat Polen drei große Ostseehäfen – Gdańsk, Gdynia und Szczecin –, daneben drei große Werften und verfügt über einen großen, modernen Schiffbau, der uns einen Platz unter den ersten zehn Schiffbaunationen der Welt sichert. Beim Bau von Fischereifahrzeugen hat Polen nach Japan den zweiten Platz in der Welt inne. Die Entwicklung der polnischen Schiffbauindustrie ist eines der vielen Beispiele für die gute Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten: Unsere Schiffsindustrie entstand und entwickelte sich so dynamisch dank der Aufträge der Sowjetunion, die seit Jahren einen bedeutenden Teil der Wertarbeiten in polnischen Werften durchführen läßt. Die Sowjetunion verschaffte uns in der ersten Zeit die so dringend benötigten Schiffsbleche, ohne die kaum an einen Anlauf dieses Industriezweiges zu denken ist.

Auf dieser Grundlage bauten die polnischen Werften Schiffe mit einer Gesamttonnage von 2,5 Millionen Tonnen. 1964 wurden 53 Schiffe über 100 BRT mit einer Gesamttonnage von 335 600 BRT vom Stapel gelassen. Die polnischen Werften beschäftigen 35 000 Arbeiter. Die in Polen gebauten Werften haben ein hohes technisches Niveau und zählen zur Weltspitzenklasse. Die Schiffsausrüstungen, die Maschinen und mechanischen Ausrüstungen kommen sämtlich aus polnischer Produktion. Auch die Dieselmotoren für den Schiffsantrieb werden in Polen produziert; sie gehören zu den wichtigsten Exportgütern. Die Werft in Gdańsk, die zu den größten der Welt rechnet, hat sich auf Fischereifahrzeuge spezialisiert. Heute gehören viele Länder der Erde zu den Kunden der polnischen Werften, und Polen besitzt bereits eine Tradition im Schiffbau.

Dank dessen wuchs auch die polnische Handelsflotte; sie verfügte 1964 über eine Gesamttonnage von 1 226 000 BRT, die im folgenden Fünfjahrplan auf 1 750 000 BRT anwachsen wird. Sie ist modern, mit Motorschiffen ausgerüstet, wobei die neuen Schiffe dominieren. Die polnischen Schiffe laufen alle Kontinente an und bedienen in immer größerem Maße den polnischen Außenhandel.

Dank dem Aufbau der polnischen Häfen wuchs von Jahr

zu Jahr auch der Transit fremder Waren, ebenso der Umschlag. Im vergangenen Jahr schlugen die drei polnischen Ostseehäfen Waren in Höhe von 26,8 Millionen Tonnen um; so ist z. B. Szczecin, das vor dem Kriege keine große Bedeutung hatte, heute der größte Ostseehafen. In ihm wurden im vergangenen Jahr 11 Millionen Tonnen umgeschlagen.

Eine ähnlich dynamische Entwicklung vollzog sich in der polnischen Fischerei; sie verfügt heute über 687 Schiffseinheiten mit 137 600 BRT, davon drei große Einheiten, die als Basen für Hochseefahrten dienen. Die Fänge der Flottille wachsen von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1964 zum Beispiel fischte die Flottille 244 500 Tonnen Fisch, und für 1970 sind Fänge in Höhe von 450 000 Tonnen geplant.

Alle diese Daten zeigen, daß die Vereinigung der Gebiete an den Ufern der Ostsee – besonders zwischen den Mündungen von Wisła und Oder – innerhalb der Grenzen Polens die Grundlage für eine Aktivierung der Seewirtschaft in diesen Kreisen bildete, die sich auf die natürliche Wirtschaft des polnischen Hinterlandes stützen kann.

In den West- und Nordgebieten befinden sich etwa 30 % der staatlichen Landwirtschaft; ungefähr 63 % der gesamten genossenschaftlich bewirtschafteten Flächen liegen in diesem Gebiet. Der durchschnittliche individuelle Grundbesitz ist in diesen Gebieten um 60 % höher als im übrigen Lande. Gleichmaßen bezeichnend ist die Tatsache, daß rund 75 % der von Bauernvereinigungen gemeinschaftlich bewirtschafteten Flächen sich in diesem Gebiet befinden.

All solche Elemente haben sich günstig auf die Entwicklung der Landwirtschaft in diesem Teil Polens ausgewirkt. Obwohl er fast ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes umfaßt, arbeitet hier fast die Hälfte aller Traktoren. Hier kann die Landwirtschaft auch mehr Dünger benutzen als in den anderen Gebieten. Die höheren Ergebnisse der Landwirtschaft in diesen Gebieten stehen ferner im Zusammenhang mit der Tatsache, daß hier besonders in den Dörfern die Bevölkerung sehr jung, schon unter den Bedingungen der Volksmacht herangewachsen und besser auf das Leben in einer sozialistischen Wirtschaft vorbereitet ist. Im Durchschnitt entfallen in Polen auf 100 Hektar 32 in der Landwirtschaft arbeitende Personen; in diesen Gebieten aber beträgt die Zahl nicht viel mehr als 19 Personen auf 100 Hektar.

Die Landwirtschaft der polnischen West- und Nordgebiete hat den Stand der Landwirtschaft der Vorkriegszeit bereits

überschritten. Darüber hinaus liegen hier die Erträge höher als die Durchschnittserträge Gesamtpolens. Schneller als im übrigen Lande wuchs hier der Besatz an Haustieren je Kopf der Bevölkerung. Die Landwirtschaft dieser Gebiete brachte 1963 dem Staate 46 % des gesamten Getreides, 44 % der Kartoffeln, 33 % des Schlachtviehs und 37 % der Milch. Die Mehrheit hochwertigen Kartoffelpflanzgutes und ein bedeutender Teil des Saatgetreides kommen von hier, in der Hauptsache aus den Produktionsgenossenschaften.

Nach den schweren Kriegszerstörungen liegt hier seit 1960 der Ertrag der vier Getreidearten je Hektar über dem Vorkriegsstand und über den landesdurchschnittlichen Erträgen. Im Jahre 1964 betrug er im ganzen Land 16,1 dt/ha, in den West- und Nordgebieten 17,2 dt/ha, bei Weizen entsprechend 18,7 und 21,0 dt/ha. Auch die Kartoffelerträge liegen hier über dem Landesdurchschnitt. Der Viehbestand war hier in den Jahren 1945/46 gleich Null; jetzt liegen hier der Rinder- und der Schweinebesatz auf 100 ha im allgemeinen noch etwas niedriger als im ganzen Lande (1964: Schweine 64,2 zu 54,2; Rindvieh 49,4 zu 48,3). Die Wojewodschaften Opole und Wrocław, wie überhaupt die westlichen Wojewodschaften, nehmen schon seit langen Jahren den ersten Platz in der landwirtschaftlichen Produktion ein. All das bestätigt, was Vizepremier Nowak in Opole feststellte:

„Die Investitionen in der Landwirtschaft dieser Gebiete garantieren hohe ökonomische Ergebnisse, die weiter gefestigt werden.“

Unsere bisherige Darstellung zeigt die dynamische und unaufhaltsame Entwicklung der West- und Nordgebiete Polens in allen wirtschaftlichen Bereichen. Es wäre aber falsch und würde diese Erfolge verkleinern, vergäße man die Kultur, die Wissenschaft und Bildung. Das auf diesem Gebiet Erreichte zeigt deutlich, wie sträflich diese Gebiete vom imperialistischen Deutschland vernachlässigt worden waren und in welchem staunenerregendem Maße sie sich in Volkspolen sowohl quantitativ wie auch qualitativ entwickelt haben.

Nehmen wir als Beispiel das Hochschulwesen. Vor dem Kriege gab es hier nur vier Schulen akademischen Charakters und sechs pädagogische Ausbildungsstätten, die aber in Wirklichkeit keinen akademischen Charakter hatten. An allen

diesen Bildungsstätten zusammengenommen studierten kaum 6000 Studenten. Und heute: 21 Schulen mit akademischem Rang – Universitäten, Polytechnika, medizinische Akademien, höhere Landwirtschaftsschulen, Ökonomie- und Kunsthochschulen, Sporthochschulen und Pädagogische Institute – mit 62 000 Studenten, also zehnmal mehr als vor dem Kriege. Gleichzeitig wurde die Qualität des Unterrichts im Verhältnis zur Zeit der deutschen Herrschaft gehoben. Die Zahl der Wissenschaftler, der Lehrstühle, der Studenten und Studienrichtungen übertrifft die Vorkriegszahlen bei weitem.

Ferner gibt es in diesen Gebieten heute fast 80 wissenschaftliche Einrichtungen, davon sechs regionale wissenschaftliche Institute, 21 wissenschaftliche Vereinigungen und ein umfassendes wissenschaftlich-kulturelles Verlagswesen mit bekannten und bedeutenden Verlagen, wie z. B. Ossolin in Wrocław. Wrocław wurde neben Warszawa und Kraków zum größten und lebendigsten Zentrum des Hochschulwesens und der Kultur im ganzen Lande. Eine solche Rolle hat es noch nie gespielt; von ihr konnte man früher nicht einmal träumen. Heute hat Wrocław Hochschulen; weltbekannt sind seine mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Schulen. Allein auf dem Gebiet der Mathematik besitzt Wrocław sieben Lehrstühle. Hier arbeitet auch das größte anthropologische Forschungszentrum, hier konzentrieren sich Physik, Chemie, Geographie und Astronomie. In Wrocław befindet sich auch das Wissenschaftlich-Medizinische Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften.

Die kulturelle Arbeit in den West- und Nordgebieten stützt sich auf 27 Theater und Theaterklubs der Betriebe, auf drei Opern- und vier Operntheater, sieben philharmonische und Sinfonieorchester. Das war in diesem Maße noch nie vorhanden. Die westlichen und nördlichen Wojewodschaften nehmen einen der ersten Plätze in der Zahl der Leser von Büchern und Zeitungen wie auch im Kinobesuch, in der Verbreitung von Rundfunk und Fernsehen sowie in der Breite des künstlerischen Laienschaffens ein.

Wir sprachen von den Ergebnissen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, die sich in der zwanzigjährigen Arbeit des sozialistischen Polens in seinen West- und Nordgebieten vollzogen hat; wichtig ist es aber auch, einiges über die entscheidende Aufgabe und das größte Phänomen zu

sagen: über die Bevölkerung dieser Gebiete. Heute zählen sie fast 8,4 Millionen Bewohner, ausschließlich Polen, mehr als dort zu irgendeiner Zeit Deutsche gewohnt haben. Den Stamm der Bevölkerung bilden die 1,2 Millionen hier aufgewachsenen Polen, die wir mit den wiedererlangten Gebieten zurückgewonnen haben. 42 % von ihnen sind in diesen Gebieten geboren. Durch ihre Arbeit und ihre Erfolge manifestieren sie entgegen aller revisionistischen Propaganda ihr Recht auf Selbstbestimmung.

Hier ist schon eine neue Nachkriegsgeneration geboren; das Gebiet ist vor allem von jungen Menschen bewohnt. Die Bevölkerung dieser Gebiete kommt fast aus der ganzen Welt. Sie hat sich zu einer geschlossenen dynamischen Gesellschaft gestaltet, die eine enge Verbundenheit zu diesen Gebieten zeigt. Der natürliche Zuwachs – ausgenommen die ersten Nachkriegsjahre, die einen besonders schnellen und dynamischen Zuwachs der Bevölkerung zu verzeichnen hatten – liegt hier um 50 % höher als im Durchschnitt des Landes; das ist ein Faktor, der gestaltend auf das Geschick dieser Gebiete einwirkt.

Das durchkreuzt die revisionistische Konzeption vom „Recht auf Heimat“ und zeigt ihre ganze Absurdität. Heimatrecht hat hier die angestammte polnische Bevölkerung, haben die hier geborenen Menschen, die Menschen, die dieses Land aufgebaut haben, die hier ein neues, besseres Leben führen, die ihm ein neues, sozialistisches Antlitz gegeben haben, die hier für ihre eigene Zukunft, ja die Zukunft Europas und der Welt arbeiten.

Diese eindrucksvolle, in ihrer Art einmalige demographische Entwicklung der polnischen West- und Nordgebiete in den vergangenen Jahren wurde einzig und allein durch die gewaltigen Anstrengungen Volkspolens ermöglicht. Schon seit zwei Jahren gehen hier nach dem Krieg geborene Jahrgänge begabter junger Menschen zur Arbeit. In der Zeit des Fünfjahresplans müssen hier 600 000 neue Arbeitsplätze für diese Jugend geschaffen werden (im ganzen Lande sind es 1,5 Millionen). Deshalb sehen die Pläne eine Beschleunigung der Entwicklung vor. Demzufolge soll der Wert der Produktion der Schwer- und Maschinenindustrie um 70 % im Verhältnis zu 1965 wachsen; das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion soll sich im Vergleich zum Zeitraum von 1960 bis 1965 ebenfalls beträchtlich erhöhen.

Bis zum Jahre 1970 entstehen in den West- und Nordgebie-

ten eine Reihe neuer Betriebe; daneben werden die schon vorhandenen weiter ausgebaut. Es ist vorgesehen, mit einem Aufwand von 16 Milliarden Złoty 40 Betriebe der Schlüsselindustrie mit rund 36 000 bis 40 000 Beschäftigten zu erreichen. Das Elektrizitätswerk Turow wird seine Leistung von 1480 MW auf 2000 MW im Jahre 1970 steigern (Kosten 2,5 Milliarden Złoty). Die Förderkapazität der Braunkohlengruben von Turow wird von 17 Millionen auf 20,7 Millionen Tonnen jährlich steigen. Die ausführlichen Pläne, die für die verschiedenen Wojewodschaften erarbeitet wurden, sehen besonders die Entwicklung der nördlichen Wojewodschaften vor, die – besonders was ihre Bodenschätze betrifft – bisher noch in der Entwicklung zurückliegen.

Wladislaw Gomulka sprach in Wrocław über den Fünfjahrplan für diese Gebiete und stellte fest:

„Die Arbeit, die wir in den West- und Ostgebieten in 20 Jahren geleistet haben – darauf kann das ganze Volk stolz sein – ist das Ergebnis unermüdlicher Kraftanstrengungen des arbeitenden Volkes, das zum freien Arbeiter im eigenen Lande geworden ist. Diese Arbeit werden wir mit noch größerem Elan, mit noch höheren Mitteln, mit der Beteiligung von noch mehr und besser qualifizierten Kadern in den folgenden Jahren des Fünfjahrplans fortsetzen.“

Der Plan sieht besonders die Erweiterung der Rohstoff- und Brennstoffbasen für die Bedürfnisse an Energie, der Buntmetallurgie, der Maschinen- und Chemieindustrie, für das Bauwesen und andere Bedürfnisse der Volkswirtschaft vor. Polen wird die vorhandenen Betriebe modernisieren und neue Fabriken in den sich entwickelnden Industrie-Bergbau-Zentren bauen; so in den Gebieten Legnica-Głogow und Zagleb-Medziowy wie auch im Kohle-Energie-Zentrum Turowszow. Polen baut und erweitert hier stark die Gruben und Fabriken, die von grundsätzlicher Bedeutung für das ganze Land sind, unter ihnen solche wie die Gruben von Polkowice und Lubin, die Kupferhütte Głogow, die Kupferhütte in Legnica, die Hüttenindustrie in Zwadzkie, die Chemieindustrie in Kędzierzyn, Blachow und Zdzieszowice, die Filz- und Spanplattenfabrik in Krosno, die Textilindustrie in Gorzów und die Zellulose- und Papierfabrik in Kostrzyn.

In den Nordgebieten Polens, auf die der Plan besonderes Gewicht legt, ist vorgesehen, mit Investitionen von 16 Milliarden Złoty 40 Betriebe der Schwerindustrie zu bauen, wo

ebenfalls 36 000 bis 40 000 Menschen arbeiten werden. In der Wojewodschaft Szczecin ist das größte Investitionsvorhaben des Fünfjahrplans der Bau der Chemiefabriken in Polica, die vor allem Phosphordünger und Weißtitan erzeugen und 1980 etwa 4000 Menschen beschäftigen werden. Erwähnenswert sind ferner der Aufbau der Holzindustrie in Barlinka, der Filz- und Spanindustrie in Karlino, die Schuhfabrik in Słupsk mit 2500 Arbeitern, die Rohrmaschinenfabrik in Koszalin mit 1300 Arbeitern und das Autoreifenwerk in Olsztyn, das rund eine halbe Milliarde kosten und nach seinem Ausbau 5000 Menschen beschäftigen wird. In Olsztyn soll eine Bandindustrie und in Jastrow eine Betonplattenindustrie für das ländliche Bauwesen lokalisiert werden.

Der Fünfjahrplan sieht vor, bis 1970 die Straßen und den Kraftfahrzeugpark zu modernisieren. 1965 wurde die Bahnlinie Wrocław–Wałbrzych elektrifiziert; bis 1970 wird das Bahnnetz von Oberschlesien über Opole–Wrocław–Wałbrzych nach Jelenia Góra elektrifiziert, das wichtige Industriebezirke verbindet. Die Elektrifizierung betrifft ebenfalls die Abschnitte Kalety–Lublin, Herby–Opole und Wrocław–Poznań. Auf vielen anderen Linien werden Dieselmotoren eingeführt; das schafft Verbesserungen im System des Güterauschusses, des Passagier- und des Transitverkehrs. Nach dem Aufbau von neuen Staudämmen in Racibórz, Glebin und an anderen Orten wird die Oder als Wasserstraße verstärkt, besonders in der Zeit niedrigen Wassers. Damit werden die Hindernisse für die Schifffahrt an 290 Tagen im Jahre beseitigt. Die Oder wird in ihrer ganzen Länge für Schiffe bis 600 Tonnen und in ihrem Unterlauf für solche bis zu 1000 Tonnen befahrbar.

Diese von Volkspolen in seinen West- und Nordgebieten geplanten Vorhaben werden dazu beitragen, die bisherigen stolzen Erfolge der sozialistischen Wirtschaft zu verdoppeln. Wenn wir in Betracht ziehen, welche große Vorhaben im Verlaufe von 20 Jahren der sozialistische Staat in einem zurückgebliebenen und im Krieg schwer zerstörten Lande verwirklicht hat, dann gewinnen diese Ergebnisse eine besondere Bedeutung. Stellen wir dem die jahrhundertlange Herrschaft des deutschen Imperialismus gegenüber, die eine bewußte und geplante Stagnation in diesen Gebieten verursachte und sie politisch, ökonomisch und kulturell an den Rand des Reiches stellte, dann zeigt das, was der Sozialismus zu erreichen

vermag, der sich auf eine richtige historische Analyse stützt und nach den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus aufgebaut wird.

Das polnische Volk hat unter Führung der Partei der Arbeiterklasse seine historische Aufgabe, die im Jahre 1945 dank dem Sieg der Sowjetarmee und der an ihrer Seite kämpfenden polnischen Armeen wiedererlangten Gebiete zu bevölkern, zu bewirtschaften und zu entwickeln, voll und ganz erfüllt. Dieser Erfolg wird gegen den Wahn der Revisionisten geschützt durch die Kraft des ganzen sozialistischen Lagers, durch die militärische Stärke der Staaten des Warschauer Vertrages, durch die historische Mission und die enormen Arbeitserfolge des Volkes in den wiedererlangten Gebieten. In seiner schon zitierten Rede in Wrocław stellte Władisław Gomułka fest:

„Das sind die Früchte des Kampfes und Blutes der Soldaten der I. und II. Armee, die diese Gebiete Schulter an Schulter mit den sowjetischen Armeen eroberten. Das sind die Früchte unseres politischen Programms, das sich auf das Bündnis und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, mit unseren Nachbarländern, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik, und mit den anderen sozialistischen Bruderländern stützt. Das sind die Früchte des Programms der strukturellen und gesellschaftlichen Umgestaltung unseres Landes, das unsere Partei aufstellte, wobei sie die Sache des Sozialismus mit der nationalen Wiedergeburt zu einem einheitlichen Ganzen verknüpfte. Das sind die Früchte der opfermutigen Arbeit der polnischen Arbeiter, Bauern und Angehörigen der Intelligenz.“

Auf die Entwicklung in der Bundesrepublik eingehend, die zu einer Wiedergeburt des Imperialismus und Militarismus, des Nationalismus und des Revanchismus führte, stellte Władisław Gomułka fest:

„Als Antwort auf die Gründung des militaristischen deutschen Staates, der Bundesrepublik Deutschland, die dann dem aggressiven Atlantikpakt angegliedert wurde, entstand als friedliebender sozialistischer deutscher Staat die Deutsche Demokratische Republik, die Mitgliedstaat des Warschauer Verteidigungsvertrages wurde. Die DDR hat sich im Einklang mit den Lebensinteressen des Friedens auf den Boden der vor zwanzig Jahren geschaffenen unwiderruflichen Tatsachen gestellt, die Oder-Neiße-

Grenze anerkannt und einen bedeutenden Beitrag zur Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk geleistet.

Die Entstehung zweier deutscher Staaten, die Wiedererlangung der Gebiete an Oder-Neiße und Ostsee durch Polen, die Verschiebung der Grenzen der sozialistischen Welt nach dem Westen, das im Vergleich zur Lage vor der Entfesselung des Krieges durch den Hitlerfaschismus veränderte Kräfteverhältnis, all diese Erscheinungen haben das neue Antlitz Europas geprägt. Die Anerkennung des in Europa bestehenden Status quo ist zur unerläßlichen Bedingung des Friedens und der Sicherheit nicht nur auf unserem Kontinent, sondern auch in der Welt geworden. Ohne die Respektierung der in Europa formal und praktisch existierenden neuen Sachlage, die sich im Laufe von zwanzig Jahren als tatsächlicher, unwiderruflicher und den Frieden stabilisierender Status bestätigt hat, kann es nämlich in der Welt keinen dauerhaften Frieden geben.

Die imperialistischen Großmächte wollen sich damit nicht abfinden. Vor allem die Bundesrepublik Deutschland erkennt diese Tatsache nicht an. Der Status quo in Europa, das ist die Position, gegen die die westdeutschen Revanchisten seit vielen Jahren mit verbissener Wut Sturm laufen, die sie mit Hilfe von Propagandageschützen jeglicher Art beschießen. Dieses Trommelfeuer soll die Weltöffentlichkeit spalten, die die in Europa als Ergebnis der Niederlage Hitlerdeutschlands entstandene und im Laufe der zwanzig Nachkriegsjahre herausgebildete Sachlage seit langem schon akzeptiert hat. Das zweite Ziel dieses Beschusses ist es, beim deutschen Volke den Geist des Chauvinismus, Militarismus und der Revanche zu entfachen. Vom Streben nach der Änderung des Status quo werden die ganze Politik der Bonner Regierung und ihre auf die Erlangung dieses strategischen Zieles ausgerichtete Taktik geleitet.

Der grundsätzliche, frontale Angriff der westdeutschen Militaristen ist gegen die DDR gerichtet. Die Einverleibung der DDR ist das oberste, vordringlichste revanchistische Ziel der Politik Bonns. Aber das sind nur Hirngespinnste. Am dümmsten, zugleich am gefährlichsten ist eine Politik, die die Tatsachen ignoriert und die Wirklichkeit nicht wahrhaben will. Eine derartige Politik betreibt die Bonner Regierung.

Die DDR ist ein sozialistischer Staat, der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat, der auf dem Boden des Friedens steht. Die Gründung dieses Staates ist sozusagen der einzige Sieg, den das deutsche Volk im verlorenen

Krieg davongetragen hat. Für die Sicherheit der DDR stehen außer ihren eigenen nationalen Kräften alle Kräfte der Signatarstaaten des Warschauer Vertrages und die große Sowjetunion auf der Wacht. Die Beseitigung der DDR oder ihre Einverleibung in die Bundesrepublik werden die Signatarstaaten des Warschauer Vertrages nicht zulassen. Das erfordern die ureigensten Interessen ihrer Völker.“

- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925—1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalkultur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung vom 28. Juni bis zum 3. Juli 1964 in Prag)
- 122 Dr. Otto Nuschke: Koexistenz — das ist heute der Friede
- 123/124 Johannes Zukertort: Hans von Seeckt
- 125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation

- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit — Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit — Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz — Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland
- 134 Wolfgang Heyl: Drei Parteitage - Worte und Wirklichkeit in der Politik der CDU/CSU
- 135 Gerald Götting: Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union — zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes
- 136 Horst C. Herrmann: 20 Jahre danach — Deutschland und der Geist von Potsdam
- 137 Pfarrer Károly Tóth: Aufgaben der Kirche in einer sich wandelnden Welt — Bericht über die 19. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht — Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 141 Erwin Krubke / Gerhard Mischel: „Formierte Gesellschaft“ — „Idee“ und Wirklichkeit des Staatsmonopolismus in Westdeutschland
- 142 Walter Bredendieck: Reflektierte Geschichte — Die Entwicklung der Gesellschaft und die Stellung von Kirche und Theologie seit 1900 im Spiegel der Lebenserinnerungen deutscher Theologen
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen — Grundlagen gedeihlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 144 Gerald Götting: Für die Rettung der Nation — Zusammenarbeit aller friedliebenden Deutschen

Verkaufspreis 0,50 MDN — Doppelheft 1 MDN